

Besprechungen

Gottfried Eisermann (Hrsg.): Die gegenwärtige Situation der Soziologie. Stuttgart 1967. Ferdinand Enke. 294 S.

Das Buch enthält Aufsätze über Entwicklung und Situation der Soziologie in verschiedenen Ländern, die z. T. von Soziologen aus diesen Ländern verfaßt wurden. Die Beiträge unterscheiden sich teilweise stark hinsichtlich der Darstellungsweise und des Umfangs und geben bereits von daher einen ersten Einblick in den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Soziologie in einzelnen Ländern.

Werner *Stark*, der die deutsche Soziologie vor einer einseitigen Nachahmung der amerikanischen warnt und sie zur Besinnung auf eigene Traditionen mahnt, untersucht — auf dem Hintergrund der historisch bedingten pragmatischen Einstellung der Amerikaner, die zum Quantifizieren und zum Modellieren neigen —, welche Möglichkeiten für eine gegenseitige Befruchtung von Empirie und Theorie in den USA bestehen. Er zeichnet aus wissenschaftssoziologischer Sicht die Grenzen des zum Mechanistischen tendierenden (*Homans*), mathematisierenden Empirismus einerseits und der abstrakten Gesellschaftslehre des „Rationalisten *Parsons*“ andererseits und hofft auf die „Synthese der beiden Welten von Begriffen und Vorstellungen“.

Viola *Klein* weist auf die Schwierigkeiten — besonders seitens der akademischen Welt (Oxford und Cambridge) — hin, denen gegenüber sich die Soziologie als wissenschaftliche Disziplin in Großbritannien durchsetzen mußte. Obwohl die Briten seit über 100 Jahren durch die sogenannte Royal Commission u. a. Gesellschaftsanalysen vornahmen, deren statistische Daten und sampling methods *Marx* und *Engels* die Mühe eigener Untersuchungen ersparten, standen sie Systemen (*Herbert Spencer*) meist mißtrauisch gegenüber. Soziologische Lehrstühle entstanden in großer Zahl erst seit der Mitte der fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts. Viola *Klein* erwartet von der britischen Soziologie — die Fachjargon meidet und sich direkt an den gebildeten Laien wendet — in Zukunft zwar interessante empirische Ergebnisse, aber weniger theoretische Konzeptionen.

Jean *Cazeneuve* — *Gurvitchs* Nachfolger auf dem *Durkheim*-Lehrstuhl an der Sorbonne — informiert in beispielhafter Form über die französische Soziologie, deren „philosophischer Ursprung ... in Zukunft vielleicht ihr größter Trumpf sein könnte“. *Cazeneuve* warnt allerdings davor, „den Kontakt zu wahrnehmbaren sozialen Realitäten zu verlieren“.

Ein weniger übersichtliches Bild gewinnt der Leser von der italienischen Soziologie, deren schwierige und unterentwickelte Lage nicht zuletzt einerseits marxistischen und andererseits katholischen Einflüssen zugeschrieben wird. Erst in den letzten Jahren meinen die Autoren — *Eisermann* und *Aquaviva* — die Bildung einer italienischen soziologischen Schule verzeichnen zu können und erhoffen von den sprunghaft angestiegenen Studentenzahlen das „Auftauchen einiger bedeutender und wissenschaftlich origineller Gestalten“.

In Österreich, das bekanntlich auf sozialphilosophische, auf sozialkritische und -reformerische (christlich und austromarxistisch) sowie auf empirische Sozialforschungstraditionen zurückblicken kann (Jugend- und Familiensoziologie, *Lazarsfeld*, *Jahoda* etc.), wurde nach dem Zweiten Weltkrieg empirische Sozialforschung, die heute das Gesicht der österreichischen Soziologie prägt, zunächst vorwiegend außerhalb der Universitäten und nur in bestimmten Spezialgebieten betrieben. Ein eigenständiges Studium der Soziologie haben *Bodzenta* (Linz), *Rosenmayr* (Wien) und *Mokre* (Graz) erst vor wenigen Jahren durchsetzen können.

Hofstra schrieb den Beitrag zur niederländischen Soziologie, der besonders übersichtlich eine Fülle aufschlußreicher Informationen bietet. Neben Angaben über Traditionen und zukünftige Entwicklungsaspekte der Institutionen, Forschungsgebiete und Studiengänge wird über die Tätigkeit ausgebildeter Soziologen sowie u. a. über interdisziplinäre Zusammenarbeit und über spezielle Probleme der holländischen Soziologie berichtet.

In Jugoslawien wurde die Soziologie — nachdem man dort die sowjetische dogmatische Konzeption von der Gleichstellung des Historischen Materialismus und der Soziologie zu revidieren begann — etwa seit 1954 zunehmend in ihrer Bedeutung erkannt. Ihre Entwicklung wurde jedoch durch einen empfindlichen Mangel an Fachkräften sowie an Lehr- und Textbüchern entscheidend behindert. Die Meinungen der jugoslawischen Gelehrten zu theoretischen und empirischen Fragen weichen noch erheblich voneinander ab. Als ein wichtiges Forschungsthema werden durch *Oleg Mandić*, den Verfasser des Beitrags, die Widersprüche, die in der Selbstverwaltung „durch das Zentralismusstreben der Bürokratie und die dezentralistischen und autonomen Tendenzen in allen Gesellschaftsschichten“ entstehen, herausgestellt.

In der überlegenen Darstellung des so wechselvollen Schicksals der traditionsreichen polnischen Soziologie und ihrer enormen Entwicklung seit 1956 zeigt sich *Jan Szczepanskis* vielseitige Begabung, der — selbst eine international anerkannte Kapazität — hier über die polnische Grundlagen- und angewandte Forschung berichtet. Besonders erwähnt wird das rege Interesse der polnischen Öffentlichkeit an der Soziologie und die Bemühungen der polnischen Wissenschaftler um den internationalen Dialog zwischen Ost und West.

In Bulgarien, wo vor dem Krieg noch keine Soziologie bestand, hat sich diese Disziplin auch nach dem Zweiten Weltkrieg nur zögernd

entwickelt. Die Bemühungen der bulgarischen Wissenschaftler, die Soziologie einerseits vom Historischen Materialismus zu trennen und andererseits die Verbindung zwischen dem wissenschaftlichen Kommunismus und der Soziologie zu klären, waren noch nicht abgeschlossen, als *Rankoff* seinen Beitrag verfaßte. Die Forschungsthemen tragen noch sehr „gesellschaftswissenschaftlichen“ Charakter, wie die Moral des „Neuen Menschen“, seine Beziehung zu geistiger und körperlicher Arbeit, der Klassenkampf und die Überwindung soziologischer Unterschiede zwischen Stadt und Land. Inzwischen konnte sich die empirische Forschung entwickeln, deren Ergebnisse aber *Rankoff* noch nicht zugänglich waren.

Die Ansätze der relativ jungen lateinamerikanischen Soziologie schildert *Fuentealba* aus Chile. Vorrangige Themen sind Probleme der Sozialstruktur und des sozialen Wandels. Seitdem vor wenigen Jahren vielerorts ein Soziologiestudium eingerichtet wurde, hat die Zahl der Studenten und Dozenten sprunghaft zugenommen.

Generell ist eine Veröffentlichung wie die vorliegende zu begrüßen und zu empfehlen, da sie dazu anregt, die vergleichende Soziologie, die bisher bei uns in unverständlicher Weise vernachlässigt wurde, endlich zu entfalten.

Kritisch muß angemerkt werden, daß wichtige Länder unberücksichtigt blieben, z. B. der skandinavische Raum, die UdSSR und die CSSR, und daß einige der Beiträge bereits mehrere Jahre vor dem Erscheinen dieser Veröffentlichung verfaßt wurden und daher nicht den neuesten Entwicklungsstand wiedergeben. Karl Martin Bolte, München

Friedrich-Wilhelm Henning: Herrschaft und Bauernuntertänigkeit. Beiträge zur Geschichte der Herrschaftsverhältnisse in den ländlichen Bereichen Ostpreußens und des Fürstentums Paderborn vor 1800. Würzburg 1964. Holzner-Verlag. 339 S.

Der vorliegende Band enthält vier außerordentlich instruktive und materialreiche Einzelstudien zur deutschen Agrargeschichte. Die Untersuchungsgebiete sind die ländlichen Bezirke Ostpreußens (insbesondere die Ämter und Kreise Bartenstein, Brandenburg, Osterode, Pr.-Eylau, Rastenburg) und das Fürstentum Paderborn. Für beide weit auseinanderliegende Gebiete untersucht Henning einmal den Einfluß der Stände auf die Landes- und Gerichtsverfassung von ihren Anfängen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts und zum andern die personen- und besitzrechtlichen Verhältnisse der Erbuntertänigen und Eigenbehörigen. So entsteht für diese zwei Themenkreise eine unmittelbare Gegenüberstellung der teils analog, teils divergierend verlaufenden verfassungs- und rechtshistorischen Entwicklung. Diesen Vergleich durchzuführen bleibt jedoch weitgehend dem Leser selbst überlassen. Bis auf eine sehr knappe Zusammenfassung am Ende des Bandes stehen die Aufsätze als vier voneinander isolierte, selbständige Arbeiten nebeneinander. Man wünschte sich manches Mal das

Aufzeigen von Querverbindungen, die Gemeinsames und Trennendes klarer und vor allem auch müheloser erkennen ließen.

Die Geschichte der Stände in Ostpreußen zeigt einen selten so deutlich sichtbaren Zusammenhang zwischen finanzieller Stärke des Landesherrn (hier der Deutsche Orden) und dem Einfluß der Stände bei Gesetzgebung und Landesverwaltung. Solange der Orden seine eigenen Einnahmequellen ertragreich halten konnte, brauchte er eine Abhängigkeit von den Ständen nicht zu befürchten. Obwohl schon mit dem ausgehenden 14. Jahrhundert Auseinandersetzungen zwischen dem Adel, den Städten und dem Orden um Steuer- und Zollfragen begannen, hatte der Orden um die Wende zum 15. Jahrhundert noch die Macht, sich gegen die Stände durchzusetzen.

Seine Finanzquellen — Abgaben der Bauern und Handelsgewinne — gaben ihm den nötigen Rückhalt. Finanzielle Schwierigkeiten nach der Niederlage bei Tannenberg (1410) zwangen den Orden dann, den Ständen Zugeständnisse zu machen; ohne deren Mitarbeit konnte er im Lande keine geordneten Verhältnisse schaffen. Die Mitwirkung der Stände institutionalisierte sich. Der Periode des landesherrlichen folgte die Periode des ständischen Übergewichts. Sie dauerte bis etwa zur Mitte des 17. Jahrhunderts.

Nach dieser mehr rechts- und verfassungsgeschichtlichen Themenstellung untersucht der Verf. in seinem zweiten Aufsatzpaar die Sozial- und Besitzverhältnisse sowie das Erbrecht der ländlichen Bevölkerung beider Gebiete. Auch hier versagt sich Henning eine mehr wirtschaftsgeschichtliche Fragestellung. In beiden Territorien gab es trotz fehlender genereller gesetzlicher Regelungen hinsichtlich der Untertänigkeitsverhältnisse keine völlige Rechtlosigkeit der Eigenbehörigen und Erbuntertänigen. Henning verfolgt hier im einzelnen die unterschiedliche Ausgestaltung der verschiedenen Herrschaftsverhältnisse. Die gegenüber in Paderborn ungleich schwieriger zu erwirkende Freilassung von Abhängigen in Ostpreußen dürfte letztlich auf den gleichen Grund zurückzuführen sein wie der nur in Ostpreußen ausgeübte Gemeindegewaltendienst: Sorge um den Erhalt bäuerlicher Arbeitskräfte. Besondere Beachtung verdient der Abschnitt über die Ansätze einer Selbstverwaltung im Gebiet von Paderborn. Herrschaftliche und genossenschaftliche Beziehungen werden hier deutlich hervorgehoben.

Die Aufsätze von Henning beruhen außer auf einem ausgedehnten Literaturstudium vorwiegend auf der Auswertung von Primärquellen des Staatsarchivs Münster und des Staatlichen Archivlagers Göttingen. Henning ist deshalb in der Lage, sich in erfreulichem Ausmaß mit der vorhandenen Literatur auseinanderzusetzen. Es gelingt ihm an mehreren Stellen, Forschungsergebnisse von Georg Friedrich Knapp, August Skalweit, Ernst Forsthoff, A. Kern und R. Stein — um nur einige Namen zu nennen — zu ergänzen, zu korrigieren und teilweise sogar zu widerlegen. Es ist Henning des öfteren gelungen, die überaus schwierig zu fassenden faktischen Inhalte von Begriffen wie Freiheit,

Unfreiheit, Untertan, Erbuntertänigkeit, Eigenbehörigkeit, Leibeigenschaft usw. zu präzisieren. Daß aber gerade bei diesem Themenkreis noch zahlreiche Fragen offen sind, weiß Henning wohl selbst am besten. An einigen Stellen scheint es dem Rez. möglich zu sein, über eine genauere Scheidung der Begriffe Grund- und Gutsherrschaft bzw. Grund- und Gutsherr zu diskutieren.

Henning legt in dem besprochenen Band vier anregende, gründlich durchgearbeitete und gut fundierte Untersuchungen zur deutschen Agrargeschichte vor.

Eckart Schremmer, Heidelberg

Sonja Jordan: Die kaiserliche Wirtschaftspolitik im Banat im 18. Jahrhundert. München 1967. R. Oldenbourg. 211 S.

Dieses Buch, das aus einer bereits 1944 verfaßten und inzwischen überarbeiteten Dissertation erwachsen ist und das die bisher nur in ganz großen Zügen bekannte Entwicklung im Banat nun ausführlich darstellt, ist u. a. auch deshalb recht bedeutsam, weil es Akten des Wiener Hofkammerarchivs, des Haus-, Hof- und Staatsarchivs sowie des Kriegsarchivs, die inzwischen z. T. verlorengegangen sind, benutzt und weil es zeigt, wie während des 18. Jahrhunderts in einem „unterentwickelten“ Lande die Grundlagen für die wirtschaftliche Blüte im 19./20. Jahrhundert gelegt worden sind.

Das Banat unterstand seit 1719 nicht — was allerdings nahegelegen hätte — dem 1705 eingerichteten Kommerzkolleg, sondern als „reichsunmittelbare Kron- und Kammerdomäne ausschließlich der Wiener Hofkammer“ (S. 14). Diese oberste Verwaltungsbehörde praktizierte gemeinsam mit dem Generalfeldmarschall und Gouverneur Graf Mercy (1734 bei Parma gefallen) in einem Gebiete, das die Pforte aus strategischen Gründen als Grenzgebiet völlig verödet hatte, eine typisch merkantilistische Wirtschaftspolitik, und ihr gelang es, die Viehzucht und den Ackerbau, die miteinander konkurrierten, voranzubringen, Gewerbe sowie Bergbau ebenso zu fördern wie den Binnen- bzw. Außenhandel und eine entsprechende Peuplierungspolitik erfolgreich zu treiben: Neben den wenigen einheimischen Rumänen (Walachen), Serben (Raitzen), Juden und Zigeunern wurden deutsche Katholiken angesiedelt, und gerade auf deren Leistung ruhte, wie die Verfasserin nachweist, der wirtschaftliche Aufstieg.

Alles, was unter Karl VI. erreicht worden war, machte jedoch der Türkenkrieg 1737/39 weithin zunichte, so daß Maria Theresia in vielem von vorn beginnen mußte. Die kamerale Verwaltung wurde — nun aber unter der verantwortlichen Leitung wechselnder Behörden — wiederhergestellt, bis das Banat 1779 an Ungarn bzw. an die Ungarische Hofkammer fiel. Das durchaus merkantilistische Grundkonzept der Kaiserin unterschied sich von dem ihres Vaters allerdings insofern, als die verschiedenen Herrschaftsgebiete der Krone nun zu einem einheitlichen Gesamt-Wirtschaftsraum zusammenwachsen sollten; außerdem wurde das Ziel verfolgt, aus den ungarischen Reichsteilen Rohstoffe, Getreide und Vieh in die böhmisch-österreichischen Gebiete (Vieh u. a.

auch bis Nürnberg) zu liefern, und die Gewerbe dieser Länder sollten in den agrarisch orientierten Gebieten ihre Märkte finden. Spätmerkantilistische Züge machten sich vor allem seit dem wachsenden Einfluß Josephs II. bemerkbar, z. B. die besonders intensive Förderung der Landwirtschaft, der Verzicht des Staates auf eigene Gewerbebetriebe, die Versuche, den Außenhandel — auch mit Unterstützung eines niederländischen Ingenieurs — durch staatliche, staatlich geförderte oder rein private Handelsgesellschaften vor allem zur Adria (nach Triest und Zengg) voranzubringen. Bezeichnend auch, was Banater Akten bereits 1740 aussagten: „Fabriquen seynd ein dem Landt heilsames Werk. Aber dieses ist so depopuliret, ohne Consistenz und Verfassung; hier ist die erste und nützlichste Fabrique der Feld- und Weinbau, die Viehzucht, Bienenstöcke und dergleichen ruralia“ (S. 145). Von einer Industriepolitik kann nur mit Vorsicht gesprochen werden, zumal „Industrie“ in den Akten nur Fleiß bzw. Arbeitsamkeit bezeichnet. Insgesamt: Eine dankenswerte, aufschlußreiche Untersuchung, die sich leichter benutzen ließe, wenn ein Register über Orte, Personen und Sachen angefügt wäre.

Eberhard Schmieder, Berlin

John Hicks: Capital and Growth. Oxford 1965. Oxford University Press. XII, 343 S.

Das Wachstum einer Volkswirtschaft ist ein so komplexer Vorgang, daß bis jetzt keine der bekannten Wachstumstheorien in der Lage ist, eine eindeutig überlegene Erklärung dafür geben zu können. Der jeweils dominierende Aspekt einer Wachstumstheorie muß zugleich ihre allgemeine Gültigkeit begrenzen. Einige Wachstumstheorien versuchen zwar, durch Berücksichtigung einer möglichst großen Zahl wirklichkeitsrelevanter Annahmen und unter Zuhilfenahme der Computertechnik der Erklärung der Realität des Wachstums näher zu kommen (vgl. z. B. das umfassende Wachstumsmodell bei Wilhelm Krelle, Verteilungstheorie, Tübingen 1962). Aber andere Theorien können geradezu durch die Begrenzung der Prämissen wesentliche Erscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung deuten, so z. B. die klassischen Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung. Dabei kommt es immer darauf an, die der wechselnden Fragestellung angemessene Wachstumstheorie auszuwählen.

Für die Auswahl einer Wachstumstheorie bei veränderter Fragestellung ist es vorteilhaft, einen vergleichenden Überblick über alternative wachstumstheoretische Darstellungen zu haben. John Hicks unterscheidet in seinem „Capital and Growth“ vier solche methodische Ansätze, nämlich die klassische und neoklassische Statik, die Methode des kurzfristigen Gleichgewichts (Temporary Equilibrium Method), die postkeynesianische Methode (Fixprice Method) und die Methode des langfristigen Gleichgewichtswachstums (Growth Equilibrium Method). Obwohl der Verfasser bei dieser Darstellung nur sparsam auf die vorhandene Literatur direkten Bezug nimmt, erhält die vorliegende Monographie damit auch gewisse Eigenschaften eines kritischen Lehr-

buchs über Wachstumstheorie. Der beigefügte Index erlaubt zudem eine begrenzte enzyklopädische Verwendung des Buches. John Hicks beabsichtigt und erreicht mit dieser Untersuchung allerdings mehr als ein Lehrbuch mit enzyklopädischem Charakter. Er hat in früheren Veröffentlichungen selbst mit verschiedenen Methoden der Entwicklungstheorien gearbeitet. Hier versucht er nun, dafür eine gegen sich selbst kritische, aber auch rechtfertigende Erklärung zu geben. So muß eigentlich derjenige, der John Hicks' *Theory of Wages* (1932), *Value and Capital* (1939) und *Trade Cycle* (1950) gelesen hat, sich jetzt sein *Capital and Growth* studieren; und wer John Hicks' *Capital and Growth* studiert, sollte auch seine früheren Veröffentlichungen kennen. Erst danach versteht der Leser die Rolle, die der Verfasser der Theorie vom langfristigen Gleichgewichtswachstum, die er in früheren Arbeiten noch nicht berücksichtigen konnte, heute einräumt. Er gibt hier eine ausführliche systematische Darstellung einer Theorie vom langfristigen Gleichgewichtswachstum und Theorie des optimalen Wachstums, die für ihn aber im Gegensatz zu vielen ihrer Vertreter in der Literatur auch nur eine begrenzte methodische Möglichkeit zur Erklärung des Wachstumsphänomens darstellt. Unter welchen Gesichtspunkten die Theorie vom langfristigen Gleichgewichtswachstum gleichwohl ein bedeutender Beitrag zur Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung ist, legt John Hicks in der zweiten Hälfte seines Buches ausführlich dar.

Trotz der individuellen Eigenart, die die Darstellung in allen Veröffentlichungen von John Hicks prägt, ist es für den Leser in *Capital and Growth* ein Vergnügen, der Entwicklung der Ideen des Verfassers zu folgen. Auch in jenen Teilen des Buches, die von der modernen Wachstumstheorie handeln, beschäftigt sich John Hicks immer mit Wirtschaftstheorie. Der Nichtmathematiker hat keine Schwierigkeiten, der im Vergleich zu früheren Veröffentlichungen ein wenig reichlicher verwendeten Algebra im Text zu folgen. Der mathematisch interessierte Leser findet dazu mehr in einem Anhang.

Fritz Abb, Frankfurt

Dietmar Kath: Die Bedeutung des staatlichen Sparens für die Kapitalbildung und das Wirtschaftswachstum. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 172 S.

Der Verfasser geht in drei Schritten vor. Nach einem einleitenden Abschnitt zeigt er zunächst, wie die staatliche Ersparnis in die postkeynesianischen und die neoklassischen Wachstumsmodelle eingebaut worden ist bzw. eingebaut werden kann. Für die erste Modellgruppe werden dann die Einflüsse des staatlichen Sparens auf die private Sparquote und auf die Kapitalkoeffizienten untersucht, wobei jeweils auf die gleichgewichtige Wachstumsrate abgestellt wird. Die restriktiven Voraussetzungen der Wachstumstheorie werden dabei nicht verlassen — insbesondere die Annahme der Anpassung der Investitionen an das freiwillige Sparen und die Vernachlässigung der Ausgleichseffekte auf

das Gleichgewicht, die von Änderungen der Einkommensverteilung ausgehen.

Im vierten Abschnitt wird dann die Abhängigkeit der Investitionen von der Ersparnis aufgegeben, und es werden die Rückwirkungen der staatlichen Ersparnis auf die privaten Investitionen untersucht. Das dabei angewandte Verfahren und die erzielten Ergebnisse können jedoch nicht befriedigen. Zuerst werden mit Hilfe der mikroökonomischen Steuerwirkungslehre für einzelne Steuern die Einflüsse auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmen abgeleitet. Schon die dabei gezogenen Folgerungen, die darauf hinauslaufen, daß die Besteuerung die Investitionsneigung eher angeregt als beeinträchtigt werde, sind aufgrund der gewählten Voraussetzungen bedenklich. Der Versuch, mit diesen Ergebnissen die Nachfrageüberlegungen der makroökonomischen Überwälzungstheorie additiv zu verbinden, verkennt das Verhältnis zwischen beiden Bereichen der Überwälzungstheorie.

Ein Problem der Arbeit besteht darin, daß das Thema zu weit gewählt wurde, da die verschiedenen Formen des staatlichen Sparens, nämlich steuerfinanzierte staatliche Investitionen, Nettoschuldentilgung, Kreditgewährung an den privaten Bereich und Budgetüberschüsse nebeneinander behandelt werden und sich daraus eine Vielzahl sich überschneidender und zum Teil nicht abgewogener Schlußfolgerungen ergibt.

Alois Oberhauser, Freiburg i. Br.

Jan Tinbergen: Wirtschaftspolitik. (Deutsch von Werner *Maidorn*, unter Mitarbeit von Reimar *Burkhardt*.) Freiburg i. Br. 1968. Rombach. 362 S.

Tinbergens Wirtschaftspolitik wurde bei ihrem ersten Erscheinen (*Economic Policy: Principles and Design*, Amsterdam 1956) von Erich *Schneider* als der wichtigste Beitrag zur Theorie der Wirtschaftspolitik nach dem Krieg bezeichnet (*Weltw. Archiv*, Bd. 80, I, 1958). Dieses Urteil ist insofern gerechtfertigt, als das Lehrbuch eine didaktisch gelungene und umfassende Anleitung gibt, wie die Modelltheorie für die quantitative Wirtschaftspolitik benutzt werden kann. Es fehlte aber auch nicht an fundierter Kritik an den Entscheidungsmodellen Tinbergens. Die 1952 erschienene Abhandlung Tinbergens „On the Theory of Economic Policy“, in der er erstmals seine Konzeption der Theorie der Wirtschaftspolitik entwickelt hatte, veranlaßte *Jöhr* und *Singer* 1955 zu einer prinzipiellen Argumentation (*Die Nationalökonomie im Dienste der Wirtschaftspolitik*. 2. Aufl. Göttingen 1964. S. 112 ff.) gegen die Methode der Entscheidungsmodelle: Entscheidungsmodelle geben erstens zu wenig Spielraum für nicht-quantifizierbare Ziele (Ordnungs- und Strukturpolitik) bzw. klammern sie völlig aus, und zweitens tendieren Entscheidungsmodelle dazu, Willkürentscheidungen zu provozieren, um die Probleme mathematisch formulieren zu können und aus der Palette wirtschaftspolitischer Maßnahmen nur jene gelten zu lassen, die in ein simultanes Gleichungssystem eingefügt werden können (*Jöhr/Singer: a.a.O.*, S. 119 f.).

Im vorliegenden Band folgt der Autor bei der Einteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen der heute üblichen Dreiteilung in Ordnungs-, Struktur- und Prozeßpolitik; Tinbergen benutzt die Begriffe Reformen, qualitative und quantitative Politik. Die Reformen betreffen die Grundlagen einer Volkswirtschaft, z. B. Einführung von Mindesteinkommen, Sozialversicherung, Realisierung gleicher Startchancen etc., betreffen also institutionelle, letztlich ideologisch bedingte Maßnahmen. Die „Reformen“ entsprechen in etwa dem von *Ohm* eingeführten Begriff der „Wirtschaftsgrundlagenpolitik“.

Hauptanliegen des Lehrbuches ist eine ausführliche Systematisierung der wirtschaftspolitischen Instrumente unter dem Aspekt der Einsetzungsebene sowie eine detaillierte Erläuterung der Wirkung quantitativer Instrumentvariablen mit Hilfe einfacher Modelle. Das Bemühen um Begriffsklarheit führte zu einer umfangreichen Einleitung, die nicht frei von Wiederholungen ist. Andererseits werden Voraussetzungen gemacht, die im Hinblick auf die studentischen Leser nicht ganz vertretbar scheinen, so z. B. die unzureichende Erläuterung des Pareto-Optimums (S. 75 f.).

Die Zielproblematik, der andere Lehrbücher zur Allgemeinen bzw. Theorie der Wirtschaftspolitik zu Recht breiten Raum widmen, wird von Tinbergen pragmatisch vereinfacht: Die Werturteilsfrage spielt gar keine Rolle. Als Prämisse wird angenommen, daß die Ziele bzw. die gesamtwirtschaftliche Zielfunktion der Wohlfunktionsfunktion „der“ Politiker zu entnehmen sei (S. 54 f.). Zieht man die Ergebnisse der „Ökonomischen Theorie der Demokratie“ von *Anthony Downs* zu Rate, so ist Tinbergens Unterstellung, daß die Wohlfunktionsfunktion der Politiker, die hier wie in manchen anderen wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Arbeiten als „weise“ und gutwillige Leute erscheinen, auch nur in etwa zu einer am „Gemeinwohl“ orientierten Politik führen, unhaltbar: Parteitaktik, Einfluß von Interessenverbänden und Stimmenkäufern sind die wirklichen Komponenten der wirtschaftspolitischen Zielfindung. Andererseits formuliert Tinbergen — zwar unter Hinweis auf persönliche Präferenzen — einen für Christen wie Marxisten akzeptablen Zielkatalog, den er durch plausible Hinweise auf künftig mögliche intersubjektive Nutzenvergleiche (S. 64 f.) abzustützen sucht. Solches Vorgehen schärft gewiß nicht die Fähigkeit des Lesers, Inkompatibilitäten zwischen Bekenntnissen und Handlungen der Politiker zu erkennen.

Das Schwergewicht legt der Autor auf die Darstellung der „Entscheidungsmodelle“, deren Vielzahl damit begründet wird, daß „ein Modell immer ein vereinfachtes Bild der Wirklichkeit sein muß und diese von einer Situation zur anderen erhebliche Abweichungen aufweisen kann“ (S. 70), so daß für jede Situation ein adäquates Modell entwickelt wird. Im einzelnen ergeben sich sechs Modelltypen: Makro- und Mikromodelle jeweils für geschlossene und offene Wirtschaften; weiterhin läßt sich noch zwischen statischen und dynamischen Modellen trennen. Entsprechend der kurzfristigen (konjunkturpolitischen)

Wirkung quantitativer Maßnahmen überwiegen die statischen Modelle, d. h. alle Variablen beziehen sich auf dieselbe Periode.

Die modelltheoretische Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen hat zwei didaktische Vorzüge: Erstens werden sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen modelltheoretischen Denkens deutlich; zweitens erhellt die wirtschaftspolitische Anwendung von Modellen, die bisher auf die Theorie beschränkt waren, die „Brauchbarkeit“ der Theorie.

Karl Georg Zinn, Mainz

Reimut Jochimsen: Theorie der Infrastruktur. Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung. Tübingen 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VII, 253 S.

Reimut Jochimsen will mit der Veröffentlichung einer systematischen Theorie der Infrastruktur Vorarbeit für eine über den bisherigen Stand hinausgehende Theorie der marktwirtschaftlichen Entwicklung leisten, die auch für eine Entwicklungstheorie in anderen arbeitsteiligen Wirtschaftsordnungen genutzt werden kann. Zugleich zeigt er ausgeprägte wissenschaftstheoretische Neigungen. Der Verfasser verläßt absichtlich herkömmliche Betrachtungsgegenstände, Problemstellungen und Methoden der herrschenden Nationalökonomie, um mit einer erklärenden Theorie unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungspfade aufzuzeigen. Damit ist das Ziel, die Darstellung und in gewisser Weise auch schon das Ergebnis der Untersuchung vorgegeben.

Jochimsen schafft sich das Werkzeug für seine Arbeit mit den Begriffen „Niveau“ und „Integrationsgrad“ der Wirtschaftstätigkeit. Das Niveau wird dem Brutto(Netto)-Inlandsprodukt pro Erwerbstätigem (Kopf der Bevölkerung) gleichgesetzt. Der Integrationsgrad mißt in der Marktwirtschaft die Preisdifferenzierung bei relativ identischen Produktionsfaktoreinsätzen. Nicht übliche Meßgrößen (Sozialprodukt, Kapitalausstattung oder Konsum pro Kopf der Bevölkerung, pro Erwerbstätigem oder pro Arbeitsstunde) zeigen dann den Entwicklungsstand einer Marktwirtschaft an, sondern das Niveau und der Integrationsgrad, die als gemeinsame Kriterien angesehen werden. Die Infrastruktur ist das Instrument zur Erreichung des Integrationsgrades. Jochimsen untersucht im einzelnen die historischen Komponenten einer materiellen, institutionellen und personellen Infrastruktur und stellt sie auch als Bestandteil und Bedingung einer idealtypischen Marktwirtschaft vor. Auf diesem Wege gelingt ihm über eine Theorie der Infrastruktur die Integration externer Faktoren, die bisher meistens außerhalb des herkömmlichen theoretischen Lehrgebäudes standen.

Mit dem erarbeiteten Instrumentarium kann der Verfasser schließlich die empirisch zu beobachtenden unterschiedlichen marktwirtschaftlichen Entwicklungspfade beschreiben und erklären. Ursachen differenzierter Entwicklungen sind nach Jochimsen die interdependenten ungleichen Veränderungen von Niveau und Integrationsgrad im Zeitablauf. Als typische Verlaufsformen untersucht er den Fall von wach-

sendem Integrationsgrad und wachsendem Niveau mit relativ hohen Wachstumsraten, den Fall von geringer Veränderung bzw. Absinken des Integrationsgrades und stationärem Niveau mit stagnierenden Wachstumsraten und den Fall von dualistischer Entwicklung von Integrationsgrad und Niveau mit gehemmten Wachstumsraten.

Es ist das Recht Jochimsens, für diese Überlegungen eine bestimmte Definition des Entwicklungsstandes einer Marktwirtschaft zu verwenden, die durch die Größen von Niveau und Integrationsgrad gezeichnet wird. Auch wenn man diese Festlegung als speziell ansieht, muß man anerkennen, daß sie die oft unsichere Vorstellung von wirtschaftlichem Entwicklungsstand überzeugend konkretisiert. Im übrigen wirkt die Verwendung der Begriffe von Niveau und Integrationsgrad insofern nicht revolutionär, als beide die herkömmlichen Meßgrößen des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes weitgehend beeinflussen. Auf jeden Fall verschaffen diese Definitionen dem Verfasser aber einen vorzüglichen Einstieg in die Erklärung eines schwierigen Problems in der Wirtschaftswissenschaft.

Um den Kern dieser Jochimsenschen Untersuchung ranken sich notwendige Voraussetzungen und anschließende Weiterungen. Zu den Vorarbeiten gehört die schon erwähnte, dem Verfasser besonders am Herzen liegende wissenschaftstheoretische Fundierung seines entwicklungs-theoretischen Ansatzes, die Würdigung des bisher geläufigen entwicklungstheoretischen Beitrags der Wirtschaftswissenschaft und der Nachweis der Bedeutung externer Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung, mit der die Notwendigkeit einer integrierten Theorie der Infrastruktur begründet wird. Zu den Weiterungen gehört die Ableitung einer materiellen, institutionellen und personellen Infrastrukturpolitik und die Formulierung allgemeiner Folgerungen für die Wirtschaftspolitik, die aus der Interdependenz der verschiedenen Infrastrukturaspekte entstehen. Im letzten Fall kann der Verfasser natürlich nicht zu einem ausgebreiteten Programm von wirtschaftspolitischen Maßnahmen kommen. Statt dessen bieten sich allgemeine Überlegungen über die Rolle des Staates in der Wirtschaft an. Was der Verfasser dazu sagt, ist allerdings nur unter dem in diesem Zusammenhang begrenzten Aspekt seiner Infrastrukturbetrachtung zu sehen. Der Leser wird nicht vergessen, daß es dafür noch weitere Gesichtspunkte gibt.

Fritz Abb, Frankfurt

Burkhard Strümpel: Steuersystem und wirtschaftliche Entwicklung — Funktion und Technik der Personalbesteuerung im sozioökonomischen Wandel. Tübingen 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VIII, 249 S.

Burkhard Strümpel, ein Schüler Günter *Schmölders'*, beabsichtigt mit seiner Kölner Habilitationsschrift, „die herrschende finanzwissenschaftliche Steuerlehre punktuell mit einigen Ergebnissen der empirischen Mikroökonomik zu konfrontieren“ (S. VI). Der Autor wendet eine — wie er es nennt — „erfahrungswissenschaftlich orientierte mikroöko-

nomische Analyse“ auf drei Fragenkreise an: 1. Durchsetzbarkeitsproblematik der Personalbesteuerung (Steuertechnik und -mentalität). 2. Wirkungen der Besteuerung auf das wirtschaftliche Wachstum, von Strümpel mit „Die ökonomische Funktion“ überschrieben. (Der Rezensent fragt sich hierbei: Gibt es nur eine ökonomische Funktion und wie wäre dann eine sinnvolle Trennungslinie zur im dritten Teil kurz angeschnittenen sozialpolitischen Funktion zu ziehen?) 3. Zielsetzung der modernen Personalbesteuerung. Der Autor spricht hier von „Besteuerung zwischen Distributions- und Dispositionsorientierung“. Der Verfasser hat sich zweifellos eine anspruchsvolle und finanzpolitisch interessante Aufgabe gestellt; die verschiedenen Problemkomplexe werden mit unterschiedlicher Ausführlichkeit behandelt.

Im ersten Teil (mit rund 100 Seiten auch dem umfangreichsten) analysiert Strümpel die Durchsetzbarkeitsproblematik der Personalbesteuerung vor allem in Großbritannien und Deutschland („Industrieländer mit weiterem steuerpolitischen Aktionsradius“) und in den europäischen Mittelmeerländern („Industrieländer mit engerem steuerpolitischen Aktionsradius“). Zur Kritik dieses Teils verweise ich auf den ausführlichen Besprechungsaufsatz von Fritz Neumark (Finanzarchiv N. F. Band 28 [1969]. S. 326—333), in dem m. E. treffend auf Schwächen der Strümpelschen Arbeit sowohl hinsichtlich der Faktenkenntnis als auch der Aussagefähigkeit von Umfrageergebnissen (auf die Strümpel teilweise seine Urteile stützt) hingewiesen wird. Fundierte Aussagen stehen neben mehr oder minder unbewiesenen (teilweise vielleicht unbeweisbaren) Behauptungen. So stellt für Strümpel die Steuerpolitik „eine der wesentlichen Quellen der Unzufriedenheit des Staatsbürgers“ in der Bundesrepublik dar (S. 74). Die „Steuermentalität reflektiert ... den Grad der ... Disfunktionalität der Steuerpolitik ... Die Steuermentalität der Schweizer und Engländer fügt sich in die ‚politische Kultur‘ gut ein, während in den romanischen Ländern und in Deutschland Steuerwiderstände nicht durch das politische System kompensiert werden“ (S. 103). Und weiter: „In Deutschland treffen wir ein effizientes, aber ‚teures‘ Steuersystem an. Die den Gerechtigkeitsvorstellungen entsprechende steuerliche Leistungsfähigkeit wird weitgehend ausgeschöpft, jedoch um den Preis einer intensiven Konfrontation der Selbständigen mit der Besteuerung“ (S. 104).

Insbesondere die Selbständigen (selbständige Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige) werden immer wieder vom Autor angeführt, da hier „der Spielraum für eine steuerlich motivierte Verminderung des produktiven Beitrags zum Sozialprodukt viel größer ist als bei den Unselbständigen“ (S. 57). Hinsichtlich der Arbeitsleistung ist jedoch keine steuerlich bedingte Minderung der Leistungsbereitschaft feststellbar.

Bei der wachstumspolitischen Würdigung verschiedener Steuern im zweiten Hauptteil werden als anpassungsfördernd (bzw. wettbewerbsverschärfend) sogenannte Kostensteuern (wie z. B. die Gewerbesteuer- oder Lohnsummensteuer) und auch der Arbeitgeberanteil an den

Sozialversicherungsbeiträgen bezeichnet! Anpassungsverzögernd bzw. wettbewerbsschwächend sind nach Strümpel sogenannte Erfolgsteuern, wie die Einkommensteuer („soweit sie auf das Betriebsergebnis zu entrichten ist“) und die Körperschaftsteuer. Strümpels Beurteilung basiert auf der Aussage, daß eine Steuer dann wachstumspolitisch positiv zu beurteilen ist, wenn das einen höheren Gewinn erzielende Unternehmen nach Besteuerung relativ mehr finanzielle Mittel zur Verfügung hat als das nicht so erfolgreiche. Da der Nettogewinn „bestimmenden Einfluß . . . auf das Investitionsvolumen“ hat, führt das gleichfalls zu einer verstärkten Expansion des Angebots. Gerade in diesem Teil der Arbeit sind viele einer Überprüfung bedürftige Hypothesen enthalten, wie beispielsweise die einfache Investitionsfunktion (Investitionsvolumen als Funktion der Gewinnhöhe); die Wettbewerbsanstrengungen der Unternehmer bestimmen ihre komparative Gewinnhöhe; der von Strümpel als typisch bezeichnete Fall, „daß dem weniger effizienten Produzenten sowohl relativ als auch absolut höhere Arbeitsentgelte pro Ausbringungseinheit erwachsen“ (S. 150) als den leistungsfähigeren.

Im letzten — nur 25 Seiten umfassenden — Teil zeigt der Verfasser die Abkehr auf von der verteilungspolitisch orientierten Zielsetzung der Steuerpolitik hin zu einer „dispositionsorientierten“ Besteuerung (in Form von Belastungsdifferenzierungen der Einkommenserzielung und der Einkommensverwendung). Da Strümpel (wie beispielsweise auch *Galbraith* und *Giersch*) die durchaus bestreitbare Auffassung vertritt, daß — in Anbetracht des allen Bevölkerungskreisen zugute kommenden Wirtschaftswachstums — eine (steuerliche) Einkommensverteilung von geringem Wert ist, ja sogar eher wachstumshemmend wirkt, beurteilt der Autor eine primär am Konzept der persönlichen steuerlichen Leistungsfähigkeit orientierte Einkommensbesteuerung negativ. Damit meint Strümpel jedoch nicht, daß die Einkommensteuer an Bedeutung verliert, sondern nur, daß eine Differenzierung der Steuerlastverteilung nach Merkmalen, die „mit der persönlichen Leistungsfähigkeit nichts zu tun haben“ (S. 203), notwendig und teilweise schon verwirklicht ist.

Wenn auch der Rezensent manche der Thesen und Schlußfolgerungen für zumindest überspitzt hält und vor allem mit der starken Betonung der Wachstumszielsetzung zu Lasten einer verteilungspolitischen Orientierung (der Besteuerung, ja allgemein der Wirtschaftspolitik) nicht übereinstimmt, kann nicht geleugnet werden, daß der Verfasser ein anregendes und teilweise zur Auseinandersetzung herausforderndes Buch geschrieben hat.

Winfried Schmähl, Frankfurt/M.

Detlef Marx: Wachstumsorientierte Regionalpolitik. Göttingen 1966. Vandenhoeck & Ruprecht. 154 S.

Wie muß man die Regionalpolitik in einer Volkswirtschaft führen, wenn dabei unter Einhaltung einiger Nebenbedingungen ein maximales Wachstum herauskommen soll? Von dieser Frage her untersucht

der Verfasser zunächst die Determinanten des regionalen Wachstums, sucht dann nach wachstumsorientierten Kriterien für die Beurteilung der Standortwahl eines Unternehmens und erörtert schließlich, ob die optimale Agglomeration bestimmbar ist. Das Buch schließt mit einem Überblick über die Maßnahmen zur Beeinflussung der Standortwahl in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden.

Im Zentrum der Arbeit steht der Versuch, eine praktikable Formel der regionalen Produktivität eines Industriebetriebes zu entwickeln. Das Ergebnis lautet (etwas vereinfacht):

$$P_{ix} = \frac{BIP_{ix} - Z_{ix}}{K_{ix} \cdot q + A_{ix} \cdot 1 + G_{jx}}$$

Hierbei sind P_{ix} die regionale Produktivität eines Betriebes i in der Region x , BIP_{ix} sein Bruttoinlandsprodukt, Z_{ix} die von ihm am Standort x verursachten externen Kosten (-) oder Ersparnisse (+), $K_{ix} \cdot q$ und $A_{ix} \cdot 1$ die Summe seiner Kapital- bzw. Arbeitskosten, G_{jx} die von ihm am Standort x verursachten Kosten öffentlicher Grundleistungen ausgewählter Verwaltungszweige j .

Weil keine ausreichenden statistischen Unterlagen für die Kosten des Faktoreinsatzes verfügbar seien, schlägt der Verfasser für die Praxis eine verkürzte Formel vor (etwas vereinfacht):

$$P_{ix} = \frac{BIP_{ix} - Z_{ix}}{G_{jx}}$$

Solange der Einfluß unterschiedlich hoher Kosten für öffentliche Grundleistungen auf die regionale Produktivität größer ist als der unterschiedlicher Produktionsfunktionen, sei das verkürzte Rechenverfahren brauchbar (S. 63/4). So einfach liegen die Dinge hier aber nicht. In vielen Fällen würde eine Berechnung der regionalen Produktivität eines Betriebes für zwei verschiedene Standorte x und y nach beiden Formeln sehr verschiedene relative Abstände der zu vergleichenden Produktivitätsindizes ergeben, was das Urteil erschwert, weil der Ungenauigkeitsgrad der statistischen Unterlagen und Schätzungen mitbedacht werden muß. Manchmal würden sich die Resultate nach der einen und der anderen Formel sogar widersprechen, nämlich immer dann, wenn

$$\frac{BIP_{ix} - Z_{ix}}{BIP_{iy} - Z_{iy}} > \frac{K_{ix} \cdot q + A_{ix} \cdot 1 + G_{jx}}{K_{iy} \cdot q + A_{iy} \cdot 1 + G_{jy}}$$

und zugleich $< \frac{G_{jx}}{G_{jy}}$ oder umgekehrt, diese Relationen also umschlagen. Das wiederum wird um so eher vorkommen, je mehr

$\frac{K_{ix} \cdot q + A_{ix} \cdot 1}{K_{ij} \cdot q + A_{ij} \cdot 1}$ und $\frac{G_{jx}}{G_{jy}}$ voneinander abweichen.

Der Grundgedanke des Werkes bleibt davon unberührt. Es ist dem Verfasser zuzustimmen, daß es volkswirtschaftliche Verluste mit sich bringt, wenn die privaten Unternehmen (man müßte hinzufügen: und die staatlichen Dienststellen) ihre Standorte ohne Rücksicht auf externe Kosten und notwendig werdende öffentliche Investitionen wählen. Die Wachstumsverluste bei zu geringer Agglomeration entstehen nach dem Verfasser durch unausgelastete Kapazitäten im öffentlichen Infrastrukturbereich, die Wachstumsverluste bei zu hoher Agglomeration durch notwendig werdende kostspielige Flächenumwidmungen. Diese Flächenumwidmungen dürfen aber nicht allein, wie das Buch den Anschein erweckt, der Zuwanderung in bereits überfüllte Ballungszentren zugeschrieben werden. Sie entstehen ebenso, wenn bei konstanter Bevölkerungszahl das Realeinkommen steigt und die neuen Verwendungsrichtungen des zusätzlichen Einkommens Anpassungen der öffentlichen Infrastruktur erzwingen oder sich auf Grund technischen Fortschritts die Verwendung eines gegebenen Einkommens ändert. Es könnte sehr wohl sein, daß der heutige riesige Investitionsbedarf in den städtischen Zentren mehr mit solchen Änderungen zusammenhängt als mit ihrem Wachstum und die Kosten der Flächenumwidmungen stark zurückgehen würden, wenn das Tempo des technischen Fortschritts und der Einkommenszunahme nachließe. Ist nicht überhaupt die optimale Agglomeration verschieden, je nachdem, ob man unsere Städte mit ihrer überkommenen Bausubstanz vor Augen hat oder von einer neu geplanten Stadt ausgeht?

Auf Grund eigener Berechnungen kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß Industriezweige mit einer „extrem hohen Kapitalintensität“ (S. 75) in den Ballungsräumen ihre höchste Produktivität erreichen, trotz der hohen in Ansatz gebrachten Kosten der öffentlichen Grundleistungen in jenen Räumen. Hier ist dem Autor anscheinend ein Irrtum unterlaufen. Nach den Berechnungen des DIW (Vierteljahresheft für Wirtschaftsforschung, 1967, S. 414) betrug die Kapitalintensität (Bruttoanlagevermögen je Beschäftigten zu Preisen von 1958) der vom Verfasser genannten Industrien im Jahre 1965

Chemische Industrie	DM 51 243,—
Fahrzeugbau	DM 33 234,—
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	DM 23 701,—
Maschinenbau	DM 19 179,—
Elektrotechnische Industrie	DM 16 482,—
Stahlbau	DM 13 558,—

Nur zwei der Industrien liegen über der durchschnittlichen Kapitalintensität der verarbeitenden Industrie insgesamt (DM 27 436,—).

Eine ganze Reihe grundlegender Probleme wirft diese Studie auf, vor allem solche theoretischer Natur. Ist es z. B. richtig, mit Durchschnittsproduktivitäten zu rechnen statt mit Grenzproduktivitäten? Wie weit führt eine Partialanalyse? Was heißt langfristige Orientierung der Regionalpolitik (S. 86)? Die Studie ist jedenfalls anregend,

vielleicht gerade, weil sie sich nicht leicht dem Leser erschließt. Sie macht deutlich, daß fast alle grundlegenden Fragen der Regionalpolitik bis heute nicht ausdiskutiert und geklärt sind.

Wolfram Mieth, Regensburg

Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen. 3. Auflage, redigiert und ergänzt von *Erich Achterberg* und *Karl Lanz*. 2 Bde. Frankfurt/M. 1967/68. Fritz Knapp Verlag. Insges. 1 894 S.

Seit im Jahre 1933 das Handwörterbuch des Bankwesens bei Julius Springer erschienen ist, war diese unter Mitwirkung von 90 in- und ausländischen Mitarbeitern aus Wissenschaft und Praxis bearbeitete und von Melchior *Palyi* und Paul *Quittner* herausgegebene einbändige Enzyklopädie mit mehr als 600 Seiten für lange Zeit das fachliche Standardlexikon in deutscher Sprache. Eine Fortführung, z. T. sogar unter Heranziehung gleicher Mitarbeiter, stellte die im Jahre 1957 erschienene erste Auflage des hier anzuzeigenden Werkes mit etwa 850 Seiten dar. Welch großen Anklang diese Enzyklopädie fand, geht allein daraus hervor, daß eine unveränderte zweite Auflage nötig wurde. Jedoch ließ die Umgestaltung und Fortentwicklung im In- und Ausland bald eine Neubearbeitung als notwendig erscheinen.

Diese dritte Auflage ist wiederum eine wohlgeglückte Zusammenstellung von Fachausdrücken und wichtigen Fakten, von Analysen und kleinen Abhandlungen. Mit 5 500 Stichwörtern umfaßt das Werk das gesamte Geld-, Kredit-, Bank- und Börsenwesen und schließt dabei auch Theorie und Geschichte nicht aus. Im Vergleich mit der früheren Auflage fallen besonders die Aufsätze über das internationale Geld- und Bankwesen auf.

Auf 1 894 Seiten kommen mehr als 200 Kenner der Materie zu Wort. Im ganzen kann die Abstimmung der Beiträge aufeinander als wohl gelungen bezeichnet werden; Überschneidungen und Wiederholungen sind selten. Allerdings fehlen manche nicht unwichtige Stichwörter, von denen nur genannt seien: Call, Clearing-House-Fund-Dollar, Compensating Balances, Euro-Kapitalmarkt (nur gebracht unter dem Stichwort Kapitalmarkt; zumindest das Stichwort Euro-Kapitalmarkt mit Hinweis wäre wünschenswert gewesen), Effektenkredit (nur als Reportgeschäft unter dem Stichwort Termingeschäft in Wertpapieren behandelt), Federal-House-Fund-Dollar, Mindestreservepolitik (nur knapp erwähnt unter dem Stichwort Deutsche Bundesbank), Prime Rate, Put, Swapsatzpolitik (weder als eigenes Stichwort noch unter Deutsche Bundesbank), Standing Arbitrage, Spread, Straddle, Strap. Auch über die Investmentfonds (hier unter Investgesellschaften) hätte der Leser sicherlich statt der ausführlichen geschichtlichen und länderbezogenen Ausführungen es vorgezogen, der heutigen Bedeutung entsprechend informiert zu werden: über das Fondsmanagement, über Steuer- und Kostenfragen und über die Vertriebsmethoden.

Bei längeren Beiträgen ist der Druck manchmal etwas verwirrend (fett, gesperrt und Majuskeln), was wohl damit zusammenhängt, daß die Kursivstellung für die Verweise reserviert ist (wenn auch nicht immer konsequent).

Diese kritischen Anmerkungen wiegen jedoch leicht gegenüber dem hohen Wert dieses Handbuchs, das als Nachschlagewerk für Praktiker und Wissenschaftler eine gute Informationsquelle ist, zumal auch größeren Abhandlungen ein Literaturverzeichnis beigegeben ist.

Alfred Kruse, Berlin

Kurt Bienert: Die internationale Liquidität der Volkswirtschaften. Frankfurt/Main 1967. Fritz Knapp. 184 S.

Zum Thema „Internationale Liquidität“ sind in den letzten Jahren viele Publikationen erschienen, die dieses Phänomen aus den verschiedensten Aspekten betrachten. Vielfach geht es den Verfassern darum, die Knappheit an internationaler Liquidität darzulegen und Möglichkeiten aufzuzeigen, sie zu überwinden. Grundsätzliche Arbeiten, die sich mit der internationalen Liquidität selbst befassen, sind dagegen relativ seltener. Dieses Buch zählt hierzu. Seine Hauptaufgabe liegt darin, die Möglichkeiten, die internationale Liquidität und ihre Faktoren zu deuten, aufzuzeigen und hierzu das Wesentliche der Diskussion um die internationale Liquidität darzulegen.

Dementsprechend behandelt Bienert zunächst Inhalt und Herkunft des Begriffs Liquidität sowie dessen geldtheoretische Bedeutung. Der Liquiditätsbegriff stammt nach Meinung des Verfassers aus dem bankbetriebswirtschaftlichen Bereich, wo er um 1900 bereits verwendet wird, während die sachlichen Zusammenhänge, die er beschreibt, bereits um 1850 in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur (z. B. bei Adolph Wagner) behandelt werden. Erst um 1920 scheint der Begriff im volkswirtschaftlichen Bereich Eingang gefunden zu haben. Der Verfasser behandelt die abweichenden Definitionen und die Definitionskriterien einer Reihe von Autoren. Eine kurze Darstellung über die geldtheoretische Bedeutung der Liquidität, die im wesentlichen eine Auseinandersetzung mit Veits liquiditätstheoretischen Vorstellungen ist, beschließt diesen Abschnitt.

Bienert unterscheidet zwei grundsätzliche Deutungsmöglichkeiten: die quantitative und die qualitative. Demzufolge untersucht er in einem zweiten Abschnitt die quantitative — im vierten Abschnitt die qualitative Deutung der internationalen Liquidität, nachdem er hier eine kritische Betrachtung der quantitativen Deutungsart durchgeführt hat. In dem Abschnitt über die quantitative Deutung der internationalen Liquidität behandelt der Verfasser nach einer Klärung des Begriffs internationale Liquidität die drei wichtigsten Funktionen der internationalen Liquidität, nämlich Zahlungs-, Reserve- und Deckungsmittel zu sein. Die Arten der internationalen Liquidität, nämlich Gold, Devisen und sonstige Reservemedien werden außerdem dargestellt.

Im Abschnitt über die qualitative Deutung der internationalen Liquidität befaßt sich Bienert ausführlich mit den Grenzen und Schwierigkeiten des quantitativen Deutungskonzepts. Als ausgesprochen problematisch gilt für ihn, daß mehrere Arten der internationalen Liquidität nur bedingt als internationale Liquidität gerechnet werden können. So lassen sich die verschiedenen Teile der internationalen Liquidität auch schlecht aggregieren, da sie teilweise schlecht quantifiziert und in sich verglichen werden können. Ein Sonderfall des problematischen quantitativen Deutungskonzepts ist die öfter zu hörende Annahme, daß eine Goldpreissteigerung eine Erhöhung der internationalen Liquidität bedeute. Der Verfasser weist richtig nach, daß diese Annahme falsch ist.

Ein Abschnitt, der dem Bedarf an international gültigen Liquiditätsmitteln gilt und sich einerseits mit der Bedarfsmessung und andererseits mit der Abhängigkeit der internationalen Liquidität vom System der Wechselkursbildung befaßt, ist eingeschoben. Die Methoden der Bedarfsmessung, wie sie oft in der Literatur vorgeschlagen werden, werden hier gründlich und kritisch dargestellt. Der Verfasser kommt zu dem Urteil, daß alle allgemein gehaltenen Bedarfsmessungen versagen, wenn sie auf die spezifische Situation der einzelnen Volkswirtschaften angewendet werden. Richtig untersucht Bienert daraufhin die wichtigsten für den Zahlungsbilanzausgleich verantwortlichen Ausgleichssysteme auf ihren Bedarf an internationaler Liquidität. Er stellt fest, daß ein System flexibler Wechselkurse im Vergleich zum System des internationalen Goldautomatismus und zum System manipulierter Wechselkurse in der heute geltenden Golddevisenwährung den geringsten Anspruch an die internationale Liquidität stellt.

In einem Kapitel über die Grenzen der internationalen Verschuldung werden zwei Grenzen unterschieden: erstens die Verschuldungskapazität und Verschuldungsbereitschaft der Schlüsselwährungsländer, die die Ausweitung ihrer Zahlungsbilanzdefizite bestimmen, und zweitens die Bereitschaft der Handelspartner der Schlüsselwährungsländer, die Währung dieser Länder als Devisenreserven zu führen.

Geht die internationale Verschuldung zurück, so bedeutet dies einen Rückgang der internationalen Liquidität, somit eine Zunahme an Illiquidität. Welche Wirkung hat die Illiquidität auf den Außenhandel? Es wird meistens angenommen, daß er bei zunehmender Illiquidität schrumpft — woraus dann gefolgert wird, daß die internationale Liquidität vorsichtshalber gesteigert werden müsse. Bienert untersucht die verschiedenen Formen der Illiquidität und stellt dar, daß Illiquidität durch geeignete Mittel unter Verstoß gegen die internationale Rechts- und Währungsordnung überwunden werden kann. Aufgrund dieser Feststellungen kommt der Verfasser zum Ergebnis, daß der Bedarf an internationaler Liquidität schwer zu bestimmen ist. Die internationale Liquidität ist eine wachsende oder schwindende Größe, die wohl von der vorhandenen internationalen Rechts- und Währungsordnung beeinflußt, aber nicht von ihr absolut bestimmt wird.

Das Buch bringt überaus zahlreiche Argumente und Thesen. Dies macht eine gute Gliederung und straffe Ordnung des Darzubietenden notwendig. Leider läßt hieran das Buch zu wünschen übrig. Insbesondere fehlen Zusammenfassungen, die dem Leser den Fortschritt und die Ergebnisse der Darstellung, die der diffizilen Materie entsprechend nicht immer leicht ist, näher bringen. Das Buch selbst hätte hiervon profitiert.

Gleichwohl wird diese Arbeit wegen der vielen Themen, die sie, wenn auch nicht immer zweifelsfrei, behandelt, gerade in der Diskussion um die internationale Liquidität ihre Beachtung finden.

Hans Kasten, Frankfurt

Hermann-Josef Dudler: Diskont- und Terminkurspolitik. Regulierung und Kontrolle internationaler Zinsarbitrage und Devisenspekulation. Frankfurt/M. 1966. Fritz Knapp. 192 S.

Seit Wiederherstellung der Konvertibilität international bedeutender Währungen gibt es wieder internationale Geldbewegungen. Ihre Wirkungen und ihr Ausmaß geben der Währungspolitik erhebliche Aufgaben auf. Das zur Rezension vorliegende Buch ist dem speziellen Teil der Notenbankpolitik, der die internationalen Geldbewegungen zu regulieren hat, nämlich der Diskont- und Terminkurspolitik, gewidmet. Hierbei geht es dem Verfasser vornehmlich darum, die moderne internationale Zinsarbitrage und die marktorientierten Instrumente, die zu ihrer zahlungsbilanzpolitischen Lenkung benötigt werden, zu erklären.

Die Schrift ist in fünf Abschnitte gegliedert. Im ersten Abschnitt werden begriffliche und methodische Grundlagen behandelt. Einerseits werden die Komponenten der kurzfristigen Kapitalbilanz erörtert — andererseits wird die kurzfristige Zahlungsbilanzpolitik untersucht. Im einzelnen geht es hier um die präzise Erklärung und Klassifikation sowohl der kurzfristigen Kapitalbewegungen und ihrer Motive wie auch der kurzfristigen Zahlungsbilanzpolitik. Die Terminkurspolitik wird als ein Mittel definiert, das komplementär bzw. substitutiv zur oft nur verzögert und nur teilweise wirksamen Diskontpolitik einzusetzen ist.

Im zweiten Abschnitt analysiert der Verfasser die theoretischen und technischen Grundlagen moderner externer Zinspolitik. Der Verfasser beschreibt zunächst die Modellbedingungen dieser Analyse und devisenmarkttechnische Begriffe wie Kassa- und Terminkurse und Swapsatz und Swapgeschäfte sowie die Funktionen des Devisenterminmarkts. Alsdann werden die allgemeine Form der Zinsparitätentheorie — aber auch die spezielle Form dieser Theorie (Funktion der Zinsarbitrage in der Theorie des Devisenmarktes) geboten. Im Anschluß daran skizziert der Verfasser Aussagegrenzen und Wesen der Zinsparitätstheorie überhaupt. Dieses ausgezeichnete geschriebene Kapitel geht auf eine Reihe von theoretischen Ansätzen zurück, die in den letzten Jahren in der Auslandsliteratur veröffentlicht wurden.

Entsprechend instruktiv ist die zitierte umfangreiche Literatur, vor allem aus dem angelsächsischen Bereich.

Der externen Zinspolitik unter normaler Devisenmarktverfassung gilt der dritte Abschnitt. Der Verfasser beschäftigt sich zunächst mit der üblichen Diskontpolitik und Terminkurspolitik, um danach der sogenannten kompensatorischen und der palliativen Terminkurspolitik sein Augenmerk zu widmen. Der Verfasser berücksichtigt hier weitgehend die Probleme eines Defizitlandes, wobei es grundsätzlich darum geht, durch Beeinflussung des Nettozinses die Zinsarbitrage so zu steuern, daß der In-sich-Ausgleich der Devisenmarkt-Bilanz unterstützt wird.

Im vierten Abschnitt schließlich wird die externe Zinspolitik unter der Erwartung von Paritätsänderungen behandelt. Einerseits wird die Anwendung der verschiedenen Arten der Spekulation und der Arbitrage bei anomalen Marktbedingungen untersucht — andererseits werden die Funktionsweise sowie die Mängel der Diskont- und Terminkurspolitik analysiert. Wenn Paritätsänderungen zu erwarten sind, entstehen meistens einseitige kurzfristige Kapitalexporte bzw. -importe, die mit normalen Mitteln der externen Zinspolitik nicht zu lenken sind. Dudler zeigt in diesem Abschnitt unter bestimmten Modellbedingungen Möglichkeiten auf, mit Hilfe der externen Zinspolitik den kurzfristigen Kapitalverkehr zu normalisieren. Der Abschnitt über Konkurrenz und Kritik diskont- und terminkurspolitischer Maßnahmen bringt ihre Fehlwirkungen in Form einer Reihe von Beispielen. Hier wäre eine systematische Behandlung der Wirksamkeitsgrenzen eher am Platze gewesen.

Im fünften Kapitel geht es dann um die Zusammenfassung der wichtigen Untersuchungsergebnisse. Ein englisch-deutsches Glossarium devisenmarkttechnischer Begriffe sowie ein Literaturverzeichnis mit vorwiegend angelsächsischer Literatur runden das Buch ab.

Im ganzen stellt die Schrift eine recht erfreuliche Arbeit dar, die durch eine intensive und zugleich präzise Beschäftigung mit den aufgezeigten Problemen gefällt. Da das Buch im deutschsprachigen Raum zum ersten Male diese Thematik behandelt, dürfte es schnell Standardwerk auf dem behandelten Gebiet werden.

Hans Kasten, Frankfurt/M.

Axel Mittelstädt: Frankreichs Währungspolitik von Poincaré zu Rueff. Frankfurt 1967. Fritz Knapp. 270 S.

Gerade im rechten Augenblick, da Frankreich von einer neuen Währungskrise heimgesucht wurde, erschien dieses Buch. Nach der großen Reform des Jahres 1958, die untrennbar mit dem Namen Jacques Rueffs verbunden ist, war aus dem ehemals so wenig stabilen Franc international eine harte Währung geworden. Die daraus resultierenden hohen Währungsreserven hatten der französischen Regierung in den letzten Jahren die Möglichkeit gegeben, auch auf dem Ge-

biet der Währungspolitik allgemeinpolitische Absichten zu verfolgen. (Auf die interessante historische Parallele der Jahre 1928 ff. geht Mittelstädt leider nur sehr kurz ein.) Die politischen Unruhen, zusammen mit den exorbitanten Lohnerhöhungen des Jahres 1968 hatten die Szene wieder völlig verwandelt, Frankreich erneut zu einem Defizitland und den Franc zu einer abwertungsbedrohten Währung gemacht.

Über der Lektüre des vorliegenden Buches fügen sich die Vorgänge der jüngsten Vergangenheit fast „nahtlos“ in die währungspolitischen Geschehnisse der letzten vierzig Jahre in Frankreich ein. Der Zeitraum, den Mittelstädt eingehend behandelt, wird durch zwei Reformen begrenzt. Am Anfang steht die Stabilisierungspolitik der Regierung Poincaré in den Jahren 1926—28, am Schluß die bereits erwähnte Reform der Regierung de Gaulles. Dazwischen liegen eine Vielzahl von Wirtschafts- und Währungskrisen, begleitet von meist halbherzig unternommenen und daher unzureichenden Stabilisierungsbemühungen.

Dabei hat die französische Währung fast alle möglichen Spielarten durchlaufen. Der kurzen Periode eines faktischen Golddevisenstandards (1927) folgte der Umtausch von Devisen in Gold und damit das Bestreben, zur Goldkernwährung überzugehen (1928). Mit der Gründung des Goldblocks (1933) versuchte Frankreich vergeblich, sich dem allgemeinen Trend zu widersetzen; im Jahre 1936 mußte schließlich auch dieses Land den Goldstandard aufgeben und den Franc abwerten. (Eine interessante historische Nuance bietet angesichts der aktuellen Vorgänge das sog. Tripartite-Agreement, das die Franc-Abwertung als Ergebnis internationaler Verhandlungen ausgab.) Während einer kurzen Zeitspanne konnte der Franc dann innerhalb einer „Bandbreite“ von etwa 10 % schwanken („franc élastique“); eine neue Krise führte zum „gleitenden Franc“ (1937), der sich fast stetig entwertete, bis 1938 die Stabilisierung gegenüber dem englischen Pfund gelang. Begleitet war die Abkehr vom Goldstandard von der Errichtung eines Valuta-Ausgleichsfonds. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führte zur Devisenbewirtschaftung, die erst Ende 1958 mit dem Übergang zur Ausländerkonvertibilität (zum großen Teil) ein Ende fand. Während des Krieges (1940 und 1944) und in der Nachkriegszeit wurde der Franc mehrfach bis auf seine heutige Dollar-Parität abgewertet. Im Inneren löste nach der Reform von 1958 der Nouveau Franc die alte Währungseinheit ab.

Der Verfasser stellt eingehend dieses turbulente Geschehen und die Hintergründe für diese Vorgänge dar; die Ausführungen sind jeweils ausführlich und überzeugend dokumentiert. Indem der Verfasser den Text teilweise sehr mit Zahlen überlädt, ist die Lektüre allerdings oft unnötig erschwert. Ausgesprochen problematisch erscheinen aber einige Passagen, in denen der Autor recht unkritisch und global Überlegungen der Theorie auf reale Vorgänge „anwendet“ (z. B. S. 131 f., S. 151 ff.). Auf Grund der Fülle der gesammelten Fakten ließe sich diese Veröffentlichung gut als Nachschlagewerk zur französischen Währungsgeschichte dieser Zeit verwenden; ein Stichwortverzeichnis wäre hierzu aber unentbehrlich.

Besonders lehrreich erweist sich jedoch dieses Buch in der Erklärung der Ursachen der Krisen und Inflationen. Es zeigt sich nämlich, daß trotz aller Divergenzen im Detail immer einer (oder mehrere) der folgenden Umstände die innere und äußere Entwertung des Franc ausgelöst haben: die Finanzierung von Haushaltdefiziten und die Monetisierung mittelfristiger Aktiva durch die Notenbank. Hinzu kam von Fall zu Fall, wohl erstmals durch das Matignon-Abkommen im Jahre 1936 — das gerade heute immer wieder als historische Parallele zitiert wird —, der inflatorische Druck von der Kostenseite.

Die Geschichte der Währungen fast aller Länder, vor allem aber die Erfahrungen Frankreichs in dieser Zeit, zeigen deutlich: Im Grunde eignet sich wenig Neues auf dem Sektor der Währungspolitik, „es ist alles schon einmal dagewesen“. Es wäre an der Zeit, auch auf diesem Gebiet von der Geschichte zu lernen.

Otmar Issing, Nürnberg

Sergej Mawrizki: Planung und Leitung der Schwerindustrie in der Sowjetunion. Frankfurt/M., Bonn 1962. Athenäum-Verlag. 155 S.

Das vorliegende Buch von Mawrizki ist ein ausgezeichnetes Kompendium über die Organisation der Wirtschaftsorgane und der praktischen Leitung und Planung des Wirtschaftsablaufs in der sowjetischen Schwerindustrie. Der Autor geht dabei offenbar von der Annahme aus, daß die für die Schwerindustrie geltenden organisatorischen Maßnahmen so entscheidend den wirtschaftlichen Gesamt Ablauf der Sowjetunion beeinflussen, daß ihre Behandlung zugleich einen gewissen Aufschluß über das gesamte sowjetische Leitungs- und Planungssystem der Volkswirtschaft gibt. Dieser Auffassung kann man wohl weitgehend zustimmen, sofern es sich dabei um die tatsächliche Wirtschaftsleitung und -planung handelt. Die Schwierigkeiten treten erst dort auf, wo die praktische Zusammenarbeit, das Ineinandergreifen des großen Räderwerks der gesamten Volkswirtschaft, die interbetriebliche Kooperation im arbeitstäglichen Ablauf gewährleistet werden soll. Man kann den sowjetischen Wirtschaftsführern ohne Neid bescheinigen, daß sie in den nunmehr vier Jahrzehnten der Planwirtschaft sich alle Mühe gegeben haben, ein für eine Planwirtschaft optimales Organisations-, Leitungs- und Planungssystem zu schaffen. Daß dieses optimale System stets eine Utopie bleiben wird, liegt nicht an den mangelhaften Bemühungen und Kenntnissen der sowjetischen Experten, sondern an der Tatsache selbst, daß keine Planwirtschaft einen optimalen Wirtschaftsablauf zu gewährleisten vermag, da dieser von vielen, nicht einplanbaren außerökonomischen Faktoren mit abhängt.

Das Verdienst Mawrizkis liegt an dem minutiösen Zusammentragen des betreffenden Materials und an dessen allgemeinverständlicher Darstellung. Bei der großen Konzeption der gesamtwirtschaftlichen Leitung der Sowjetunion und den Veränderungen von deren Organisationsformen im zeitlichen Ablauf blieben bedauerlicherweise einige kleinere Funktionsstellen unberücksichtigt. So z. B. wurde die Frage nicht erörtert, welche Stellung bzw. eigentliche Funktion der Betriebs-

parteisekretär in der operativen Leitung der Betriebe innehat. Ist er Kontrolleur, Gegenspieler oder Mitarbeiter des Direktors (Betriebsleiters)? Er wird wohl von Mal zu Mal ein veränderliches Verhältnis zum Direktor haben, aber entscheidend wird seine Funktion, wenn er Parteibefehle im Betrieb entgegen allen wirtschaftlichen Überlegungen durchsetzen muß. Auch ist die Verbindung bzw. Einplanung der Betriebsproduktion mit dem bzw. in den Außenhandelsplan nicht behandelt worden, was wohl aus der Überlegung heraus geschehen mochte, daß der Außenhandel in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion noch keine allzu große Rolle spielt, zumindest, was die Produktion für den Export anbelangt. Doch wäre die Erörterung der außenwirtschaftlichen Aufgaben und organisatorischen Verbindungen der für den Export arbeitenden Betriebe für eine spätere Neuauflage des Buches ohne Zweifel ein Gewinn. Auch einige weitere kleinere Einwände (wie z. B., daß der Plan aus seiner Natur heraus nicht „anpassungsfähig“, sondern nur absolut sein kann; wenn er sich als unerreikbaar oder undurchführbar erweist, wird meist improvisiert und nur selten angepaßt) sollen jedoch den Wert dieser Arbeit nicht herabsetzen. Im Gegenteil, Mawrizkis Buch ist jedem am kommunistischen Wirtschaftssystem und an planungswirtschaftlichen Fragen Interessierten als umfassendes und zuverlässiges Instrument zu empfehlen.

Olivér von Gajzágó, Köln

Gerhard Weisser: Genossenschaften. Hannover 1968. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen. 179 S.

Das Buch enthält eine Auswahl von z. T. überarbeiteten Einzelveröffentlichungen. Seinen Zweck entnimmt man am besten der Vorbemerkung. „Ziel des vorliegenden Werkes ist es, daß durch zusammenfassende Wiederveröffentlichung einer Reihe dieser monographischen Arbeiten ein vorläufiger Ersatz eines . . . Systems der Genossenschaftslehre auf unternehmensmorphologischer Grundlage geboten wird“ (S. 6). Wer nicht erwartet, eine übersichtliche Darstellung eines in sich geschlossenen Konzeptes vorzufinden, wird nicht enttäuscht sein.

Weisser versucht, Einzelwirtschaften (Gegensatz: Volkswirtschaften) mit Hilfe der Morphologie (Strukturlehre) zu erfassen. Die Morphologie soll alle Stil- und Strukturelemente von Einzelwirtschaften dadurch erfassen, daß nicht nur die sekundären, ökonomischen Ziele, sondern auch die primären, persönlichen Ziele und Wertvorstellungen der wirtschaftenden Menschen berücksichtigt werden. Ziel ist die Beantwortung der Frage nach einer optimalen Organisationsstruktur von Einzelwirtschaften, optimal im Hinblick auf die Wertvorstellungen der Beteiligten. Wie die Morphologie dabei im einzelnen vorgehen soll, bleibt unklar, aber es lassen sich hier gewisse Übereinstimmungen mit der modernen Organisationstheorie vermuten. Endgültige Aufgabe der Morphologie ist es, die Grundlage für eine von Weisser angestrebte „Lehre von der Einzelwirtschaftspolitik“ (S. 35) zu bilden. Dazu „empfiehlt sich die Bildung einer Serie von Typen

(von Einzelwirtschaften, R.E.), die im Hinblick auf politisch anzustrebende Gestaltungen dieses Bereichs des sozialen Lebens positiv oder negativ bedeutsam sind“ (S. 21).

Die hilfswirtschaftliche Genossenschaft wird als bestimmter Einzelwirtschaftstyp aufgefaßt, gekennzeichnet durch folgende Merkmale: 1. Identität von Trägern und Tauschpartnern, 2. der Zusammenschluß der Träger erfolgt freiwillig und 3. unter Erhaltung der Selbständigkeit der Träger sowie 4. unter Ausgliederung von Funktionen (vgl. S. 26). Diese Merkmale gestatten es, hilfswirtschaftliche Genossenschaften von anderen Einzelwirtschaften abzugrenzen. Weisser tut das speziell gegenüber Produktiv-(Voll-)genossenschaften, „öffentlichen“ Unternehmen sowie „Erscheinungen des Kollektivismus“.

Zweck der hilfswirtschaftlichen Genossenschaft ist die Förderung der Träger. Solange dabei die obigen Merkmale beibehalten werden, kann keine Entartung vorliegen. Die Aufrechterhaltung bestimmter Prinzipien oder ihre Verletzung ist dabei unerheblich. Wenn hier die Dominanz des Zwecks in der Entartungsfrage bejaht wird, so heißt das nicht, daß den genossenschaftlichen Grundsätzen als „traditionellen Elementen des Sinnes“ jeder Wert abgesprochen wird. Im Gegenteil! So wird erläutert, daß Gemeinschaft, Dienstbereitschaft und demokratische Aktivität erhaltenswerte, aber nicht notwendige traditionelle Sinnelemente sind, und es werden „Vorschläge für die Pflege erhaltenswerter gefährdeter Sinnelemente“ gemacht. Welche sozialen Vorteile die Genossenschaften erbringen können, wird bei der Behandlung von „Genossenschaften und Konzentration“ sowie der Genossenschaften im Bereich der Wohnungs- und Versicherungswirtschaft und in Entwicklungsländern deutlich.

Es ist zu betonen, daß der Leser darauf angewiesen ist, den „Weisserschen Ansatz“ aus einer Reihe von kaum aufeinander abgestimmten Einzelbeiträgen herauszufiltern. Dabei kommt man nicht immer darum herum zu interpretieren, was aber gerade dann, wenn es um einen wissenschaftlichen Ansatz geht, besonders unbefriedigend ist. So ist das Buch tatsächlich nicht mehr als ein „vorläufiger Ersatz“, von dem angesichts vieler offener Fragen zu hoffen bleibt, daß er selbst bald endgültig ersetzt wird; denn das, was man als den „Weisserschen Ansatz“ zu erkennen glaubt, ist sehr interessant und weckt das Bedürfnis nach genauerer Information.

Rolf Eschenburg, Münster

Fritz Sack: Integration und Anpassung des Handwerks in der industriellen Gesellschaft. Dargestellt am Schreinerhandwerk in Deutschland. Köln und Opladen 1966. Westdeutscher Verlag. 276 S.

Die in verschiedener Hinsicht interessante Arbeit geht den Problemkomplex der Einordnung des Handwerks in die industrielle Wirtschaft und Gesellschaft unter neuen Gesichtspunkten und mit neuen Methoden an. Anhand eines Samples von 125 in Köln ansässigen selbständigen Schreinerinnen, das der Verfasser selbst gelegentlich (S. 51) als zu

klein betrachtet, wird in einer breit angelegten Befragungsaktion der Frage nachgegangen, ob „die Gruppe der Schreiner eher als eine in die Gesamtgesellschaft Bundesrepublik integrierte oder als eine mit ihr in Konflikt befindliche Gruppe“ zu betrachten sei (S. 21). Die Antwort findet sich am Schluß der Untersuchung und lautet: „Das Handwerk muß auf eine strukturelle Basis gestellt werden, die mit dem, was wir vorfanden, nur noch den Namen gemeinsam hat, sollte man es dann immer noch Handwerk heißen“ (S. 269). Das ist so neu nicht, wie es klingt; denn auch die Schlußfolgerung daraus (vom Verfasser auf S. 227 gezogen) ist seit längerem bekannt: „Eine Veränderung dieser strukturellen Komponenten würde aber das Handwerk nicht mehr Handwerk sein lassen, sondern einen Typ kleinkapitalistischen Unternehmens bzw. industrieähnlichen Betriebes entstehen lassen.“

Die Schlußfolgerung ist vor 40 Jahren bereits von Werner *Sombart* gezogen worden. Sack legt die naheliegende Frage, was er selbst unter Handwerk versteht oder verstanden wissen möchte, unerledigt beiseite.

Das Fragenprogramm, etwas unsystematisch entwickelt, erstreckt sich auf die gemeinsamen Wertvorstellungen der Schreiner gegenüber ihrer (handwerksfremden) Umwelt, auf den Vollzug ihrer kulturellen, kommunikativen und funktionalen Integration in die moderne Wirtschaftsgesellschaft und auf die Folgerungen daraus; hieran schließt sich eine Analyse der wirtschaftlichen Situation der Schreiner und eine Darlegung der Verhaltenskonsequenzen aus dieser Situation. Die Ergebnisse sind aufschlußreich und rücken manche Einzelheit, die dem Handwerkskenner vertraut ist, in ein schärferes Licht. Von der gedanklichen Einordnung in das Theoriegebäude der in Köln gelehrten Soziologie abgesehen, fördert die aufwendig durchgeführte Analyse keine neuen Tatbestände oder Einsichten zutage; das ist billigerweise auch nicht zu erwarten. Wen sollte etwa die Feststellung überraschen, daß größere Handwerksunternehmer anders im Berufs-, Betriebs- und Wirtschaftsleben stehen als kleinere, daß sie ihre Position anders beurteilen und ein anderes Verhältnis zur Umwelt haben als jene? Nur bei den Schlußfolgerungen daraus geht der Autor oftmals Wege, die an den Realitäten nicht nur vorbei-, sondern weit von ihnen hinwegführen.

Da im Rahmen einer Rezension weder der theoretische Bezugsrahmen diskutiert noch die Fülle der Irrtümer und Fehlteile des Verfassers berichtigt werden können, sollen einige Beispiele darlegen, wie falsch man einen Gegenstand wissenschaftlich beurteilen kann. Da ist auf S. 89 gesagt, daß Tischlerbetriebe mit mehr als 250 000 DM Jahresumsatz „fabrikähnliche Unternehmen“ seien; die Handwerkszählung von 1963 weist für 52 433 Betriebe einen durchschnittlichen Jahresumsatz je Betrieb von rd. 108 000 DM aus, obwohl es in diesem Zweig nur einige Tausend Betriebe mit zehn Beschäftigten und darüber gibt. Auf S. 119 ist von der „Etablierung mächtiger handwerklicher Berufsorganisationen“ die Rede; Valentin *Chesie* kommt in seiner Studie „Struktur und Funktion der Handwerksorganisation in Deutschland

seit 1933“ (Berlin 1966) zum Ergebnis, daß die Handwerksorganisation den Fall eines Verbandes darstelle, „der zwar auf den Schutz des Staates angewiesen zu sein glaubt, dem aber andererseits die nötige Macht fehlt, um den Staat zur Gewährung dieses Schutzes zu zwingen“ (a.a.O. S. 220). Mehr als erstaunlich mutet die selbstsicher vorgetragene Äußerung über die angeblich parasitäre Existenz des Handwerks (Jahresumsatzleistung 1962 = 99 Mrd. DM) an: „In zunehmendem Maße realisiert das Handwerk monetäre Belohnungen nicht über den für wirtschaftliche Austauschprozesse typischen Marktmechanismus, sondern bezieht außermarkt- wirtschaftliche Einkommen aus staatlich regulierten Umverteilungsprozessen, sei es in Form von Subventionen, Steuererleichterungen, einer das Handwerk begünstigenden Berufsordnung, Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge; auf eine Weise also, die auf den nicht-wirtschaftlichen Teilbereichen vorherrscht“ (S. 165/66).

Das Buch wird von Erkenntnissen solcher Art durchzogen, die sämtlich aus den Aussagen der 125 Kölner Schreiner hergeleitet werden — oder sind sie freihändig hinzugefügt? Das letztere ist leider der Fall. Auf gleicher Linie liegt der Anspruch des Buches, über Integration und Anpassung „des Handwerks“ zu berichten, was im Text gelegentlich auf den Mittelstand schlechthin ausgedehnt wird. Nimmt man hinzu, daß die jüngere Handwerksliteratur nur sporadisch berücksichtigt ist, in der Hauptsache aber totgeschwiegen wird, dann können kaum noch Zweifel daran bestehen, daß der Arbeit eine gedankliche Vorgabe zugrunde liegt, die mit dem behandelten Objekt wenig zu tun hat.

Wilhelm Wernet, Münster/W.

Institut für Mittelstandsforschung (Hrsg.): Probleme der Kreditfinanzierung bei Klein- und Mittelbetrieben. Köln und Opladen 1964. Westdeutscher Verlag. 165 S.

Stetig wachsender Kapitalbedarf bei beschränkten Deckungsmöglichkeiten läßt seit Jahrzehnten die Kreditsituation der Klein- und Mittelbetriebe besonders angespannt erscheinen. So stellte nicht nur der mit großer Vitalität betriebene Wiederaufbau der Nachkriegszeit erhebliche Anforderungen an die betriebliche Selbstfinanzierung und den Kapitalmarkt. Vielmehr zwingen gerade in den letzten Jahren steigende Kosten und sinkende Erlöse den Betrieb, alle Möglichkeiten der technischen Rationalisierung auszuschöpfen. Insbesondere führt die quantitative und qualitative Lage des Arbeitsmarktes zu einer steigenden Kapitalintensität der Betriebe.

Angesichts dieser Lage ist die Untersuchung der Finanzwirtschaftlichen Abteilung des Instituts für Mittelstandsforschung, Köln, bestrebt, eine „systematische Gesamtdarstellung der mit dem sogenannten Mittelstandskredit zusammenhängenden Fragen ... unter besonderer Berücksichtigung der öffentlichen Maßnahmen“ zu geben. Dem kurz umrissenen Kreditbedarf wird das Klein- und Mittelbetrieben zugängliche institutionelle Kreditangebot gegenübergestellt, um dann

zu fragen, in welchem Maße öffentliche Finanzierungshilfen die aufgezeigte Lücke zwischen Kreditnachfrage und Kreditangebot zu schließen vermögen. Die Arbeit gipfelt also in einer Analyse der öffentlichen Maßnahmen zur Beeinflussung der Kreditsituation von Klein- und Mittelbetrieben. Nur so läßt sich auch die sehr enge, zweckabhängige Begriffsbildung (Klein- und Mittelbetriebe; Mittelstandskredit) verstehen.

Mit Recht mißt die Untersuchung den Kreditkonditionen bei der Betrachtung des beschränkten Kreditangebots eine besondere Bedeutung bei. Nicht so sehr die quantitativen Beschränkungen der Kreditangebots als vielmehr die sachlichen und menschlichen Voraussetzungen der Kreditgewährung, der Nachweis der Betriebsverhältnisse durch ein geordnetes Rechnungswesen, die leidige Frage der Sicherheiten, die traditionelle Abneigung des Mittelstandes gegen eine Verschuldung bei den Banken verhindern in erster Linie die Deckung des vorhandenen Kreditbedarfs. Größeres Verständnis der Kreditinstitutionen für die Möglichkeiten und die Mentalität des Mittelstandes, eine Änderung der gesetzlichen Kapitalanlagevorschriften, vor allem forcierte Schulungs- und Selbsthilfemaßnahmen mittelständischer Institutionen sind daher dringend erforderlich, um die Kreditsituation endgültig und angemessen zu lösen. Denn die öffentliche Hand allein kann die Kreditprobleme des Mittelstandes nicht aus der Welt schaffen; dazu fehlt, wie nachgewiesen wird, ihren Mitteln zum Teil die Ziel- und Systemkonformität.

Leider wird den mittelständischen Selbsthilfemaßnahmen nicht in einem gesonderten Kapitel nachgegangen. Gerade auf diesem Sektor aber werden in Zukunft Anstrengungen unbedingt erforderlich sein. Der Nachweis der Untersuchung, daß die Kreditgarantiegemeinschaften nur durch Unterstützung von Bund und Ländern existenzfähig sind, gibt zu denken. Man vermißt auch eine Behandlung des Leasing als Finanzierungsinstrument der Klein- und Mittelbetriebe. Daß endlich der Umfang von Kreditangebot und Kreditnachfrage und damit der Kreditfehlbetrag nur in Teilbereichen aufgezeigt wird, kann nicht der verdienstvollen Schrift zur Last gelegt werden. Die verfügbaren statistischen Unterlagen sind zu unvollständig, um ein so dringend notwendiges quantitatives Bild der Kreditsituation mittelständischer Unternehmen geben zu können.

Wolfgang Lichy, Berlin

Fritz Voigt: Verkehr. Zweiter Band, Erste und Zweite Hälfte: Die Entwicklung des Verkehrssystems. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 657 u. 768 S.

Daß der Rezensent eine beträchtliche Zeitspanne verstreichen ließ, ehe er sich dazu entschließen konnte, dieses 1965 erschienene Werk wie zugesagt zu besprechen, liegt nicht zuletzt an dem zwiespältigen Eindruck, den es bei der Lektüre hinterläßt. Überrascht der Doppelband schon durch sein Volumen, so fragt man sich sogleich, in welcher Weise man aus diesem großangelegten geschichtlichen Überblick Nutzen

würde ziehen können. Voigt selbst gibt einen Leitfaden für den Leser, wenn er seine Absicht dahingehend kundtut, seine theoretische Interpretation der Verkehrswirtschaft mit Hilfe historischer Fakten zu überprüfen.

Die historische Qualität dieser Fakten für den gesuchten Begründungszusammenhang bleibt freilich zumeist verborgen; denn es sind einfach zu viele Ereignisse, die aufgezählt werden. Man hat den Eindruck, als habe es in der Absicht Voigts und der stattlichen Zahl seiner Mitarbeiter gelegen, möglichst alle geschichtlichen Begebenheiten zu erfassen. Dabei ist zwangsläufig eine breit dahinfließende historische Deskription herausgekommen, deren Exaktheit zu überprüfen der Rezensent sich versagen mußte. [Einige Unkorrektheiten sind in der ausführlichen Stellungnahme von H.-R. Meyer im Schweiz. Arch. f. Verkehrswiss., 22. Jg. (1967) S. 301 ff. nachgewiesen.]

So wird denn bald deutlich, daß Voigt zwar auf den Systemcharakter der Wirtschaft abstellt — ein sehr fruchtbarer Erklärungsansatz, wie mir scheint —, gleichwohl die Systemmerkmale und ihren Zusammenhang nicht herauszudestillieren weiß. Die häufigen Hinweise auf eine — bereits in früheren Schriften behauptete — „eigenständige Entwicklungsdynamik des Verkehrs“ ändern nichts an der Unklarheit des Sachverhalts, und sie bieten keinen Ersatz für die fehlende Offenlegung des intra- und intersektoralen Systemzusammenhangs.

Wendet sich das Interesse des an historischer Beschreibung nicht eben übermäßig interessierten Lesers auf diese Weise theoretischen Fragestellungen zu, so wird sogleich an einem anderen Beispiel deutlich, daß Voigt durchaus erfolgversprechende Erklärungsansätze findet, sie jedoch nicht streng ausführt und daher in allgemeinen — von Meyer wohl nicht ganz zu Unrecht als „kulturgeschichtlich“ signierten — Betrachtungen ausmündet. So betont er häufig den institutionellen Aspekt des Wirtschaftens, der — wie er zu Recht tadelt — in der neueren Fachliteratur vernachlässigt werde. Offenbar berücksichtigt er jedoch nicht, daß die jüngste Entwicklung der institutional economics sich mit Nutzen quantitativer Instrumente bedient; denn sonst könnte er den von ihm behaupteten Gegensatz zwischen seiner institutionellen Sicht der „eigenständigen Entwicklungsdynamik“ des Verkehrs und dem „nur“ quantitativ funktional orientierten Vorgehen anderer Autoren nicht aufrechterhalten. Sicherlich weiß jedermann, daß alle Produktionsakte mit Verkehrsaktivitäten verknüpft sind. Aber die Intensität dieser Interdependenz läßt sich nun einmal beschreibend nicht erfassen, wenn man nach einer Erklärung der Bedeutung eines spezifischen Teilsystems für ein Gesamtsystem sucht. Die moderne Regionalanalyse zeigt, daß man sehr wohl auch institutionelle Determinanten präzisieren kann.

Vielleicht sollte der Rezensent in diesem Zusammenhang an die „klassische“ Definition des Verkehrs erinnern, die *Predöhl* gab, wenn er den Verkehr als eine Spielart der Produktion schlechthin bezeichnete. Es scheint so, als verleite diese Definition zu einer gewissen Er-

nüchterung gegenüber den orphischen Gestaltungskräften, die diesem Sektor nach Auffassung mancher Autoren innewohnen, und als öffne sie daneben den Blick für die Tatsache, daß es für ökonomisch zutreffende Erklärungen immer nur einen passenden Werkzeugkasten gibt, gleichgültig, auf welchen Sektor sich der Erklärungsversuch richtet.

Die Verkennung dieses Sachverhaltes führt dann auch dazu, daß die verkehrspolitisch gemeinten Marginalien nicht befriedigen. Genügt es wirklich zu sagen, daß man z. B. die öffentlichen Verkehrsmittel besonders „anziehend“ und „billig“ gestalten sollte? Sicher nicht; denn diese Forderung läßt sich einmal als wirtschaftliches Rationalargument interpretieren, zum andern taucht hinter ihm das Gespenst der „Null-Tarife“ auf. So bleibt vieles im Halbdunkel, und sicher scheint nur, daß Voigt bestimmte Präferenzen hat, z. B. zugunsten der Eisenbahnen.

Dieses macht den Zwiespalt, von dem eingangs die Rede war, vielleicht am deutlichsten: Wer weiß, wieviel Mühen aufzuwenden sind, bis eine Publikation auf dem Markt erscheinen kann, der kann sich eine bewundernde Haltung vor diesem Werk nicht versagen. Es ist der bisher umfänglichste Versuch, den Weg des Verkehrs durch die Jahrhunderte zu verfolgen. Wer hofft, daraus zu einem neuen Verständnis für die Rolle des Verkehrs in der modernen Industriegesellschaft zu gelangen ... nun, der Rezensent gesteht, daß es ihm trotz zweimaliger Lektüre nicht gelungen ist, was natürlich auch an ihm selbst liegen mag.

Hellmuth St. Seidenfus, Münster

Hugo Heecht: Grundlagen und Tendenzen der Bildung von Kostenfrachtraten in der Eisenerzfahrt. Tübingen 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VI, 84 S.

Zweck dieser Studie ist es, die zukünftig — d. h. bis etwa 1975 — möglichen Reisekosten je Leistungseinheit der erzbefördernden Seeschiffstonnage zu ermitteln, um ihre Auswirkungen auf die Verteilung der Stahlindustrie in der Welt abschätzen zu können. Zur Erreichung seines Zieles hat der Verfasser eine ausführliche Kostenkalkulation für diesen Teilmarkt der Weltseeverkehrsmärkte durchgeführt. Es handelt sich um eine empirische Untersuchung, die in enger Beziehung zur Praxis des Seefrachtgeschäftes erstellt wurde, wobei persönliche Erfahrungen auf diesem Gebiet nutzbringend verwertet werden konnten. Genaue Sachkenntnis prägt die ganze Studie.

Sie eröffnet interessante Einblicke in einen Bereich der Seeschiffahrt, in dem wegen der engen Verbindungen zwischen Stahlindustrie und Reedereien immer mehr die Langzeit-Charter oder Konzerntonnage, beide mit kostenbestimmten Frachtraten, dominieren. Da auch die Finanzierungsbedingungen in die gleiche Richtung drängen, geht von dieser Tatsache der Anstoß für die Analyse aus. Die Kostenentwicklung kann als Determinante der Erzbezüge und der Standortverteilung der Stahlerzeugung betrachtet werden.

Die Arbeit ist übersichtlich angelegt: Einer Analyse der Marktgegebenheiten und der Verkehrsstruktur folgen einige Bemerkungen zur Verhaltensweise der Marktteilnehmer sowie eine Ausarbeitung der Kostenstrukturen der Erzfahrt als Ausgangspunkt des dritten Teils. Dieser enthält die kalkulatorische Ermittlung der künftigen Entwicklungstendenzen unter dem Einfluß erwarteter Kostenveränderungen. Die empirische Grundlage wurde aus der internationalen Massengutfahrt gewonnen; Erfahrungswerte der in Betracht kommenden deutschen Reedereien stehen im Vordergrund.

Beherrschendes Merkmal ist das Anwachsen der Schiffsgrößen in der Erzfahrt mit seinen kostensenkenden Auswirkungen. Von ihm wird auch die Struktur der Verkehrsrelationen beeinflusst, da nur relativ wenige Häfen aus der noch recht großen Zahl als Lade- und Löschplätze für Bulkcarrier von etwa 100 000 t dw geeignet sind. Im Vordergrund stehen die auf europäische Häfen laufenden Verkehre; im Kommen ist der Erzverkehr Westaustralien—Japan.

Die rechnerischen Analysen konzentrieren sich auf die Relationen Narvik, Lower Buchanan, Tubarão, Port Hedland (Australien) jeweils nach Rotterdam als repräsentativem nordwestkontinentalem Löschhafen. Sie erfassen neben den Tageskosten der Schiffe, die sich aus Kapital- und Betriebskosten zusammensetzen, die auf diese Relationen bezogenen Reisekosten. Im Ergebnis zeigt sich, daß die größten wirtschaftlichen Vorteile aus dem Einsatz von Großschiffen die westeuropäischen Länder sowie Japan ziehen können. Die USA dürften wegen der Hafenbedingungen in den für sie typischen Exportländern und den Hauptlöschplätzen kaum in der Lage sein, zu den hierbei gemeinten Schiffen von 100 000 t dw und mehr überzugehen. Besonders günstige Prognosen werden für Japan gestellt, dessen Erzbezüge aus Australien hierzu wesentlich beitragen, weil sie mit Großschiffen abgefahren werden können.

Trotz der erkennbaren Sorgfalt bei der Bestimmung und Gewichtung der trendbestimmenden Faktoren muß auch hier festgestellt werden, daß der Bulkcarrierbau in jüngster Zeit bereits die noch als Obergrenze angesehenen 130 000 t dw hinter sich gelassen und 140 000 t dw überschritten hat. Es ist also durchaus möglich, daß noch weitere Kostensenkungen verwirklicht werden können, selbst wenn wesentliche technische Veränderungen nicht mehr zu erwarten sind, wie der Verfasser annimmt.

Die Kostenkalkulationen sind in einer großen Zahl von Tabellen niedergelegt. Ihr Gang kann nicht in allen Einzelheiten nachgeprüft werden (auf S. 47 ist allerdings offenbar ein Irrtum unterlaufen, da der Mischzins statt mit 5,25 mit 5,5% angegeben ist). Sie beruhen durchweg auf den Methoden der Praxis. Daher erklärt sich der zur Ermittlung der Kapitalkosten beschrittene Weg, gegen den sich von einem theoretischen Standpunkt einige Zweifel anmelden ließen. So erscheint es fraglich, ob man die Zinskosten für Fremdkapital als

Durchschnitt auf die Gesamtlaufzeit berechnen und den Kostenfrachten zugrunde legen darf, da hierbei ein intertemporaler Ausgleich erforderlich wird. Da die Studie sich mit realen Gegebenheiten befaßt, kann sich jedoch ein solcher Einwand höchstens gegen die praktisch angewendeten Methoden richten. Außerdem dürften die Ergebnisse dieser interessanten Untersuchung, die von der bewährten Sachkenntnis ihres Autors geprägt ist, wenigstens tendenziell nicht allzu sehr beeinflusst werden.

Hans Böhme, Kiel

Raanan Weitz und Avshalom Rokach: Agricultural Development — Planning and Implementation. Dordrecht 1968. D. Reidel Publishing Company. XII, 404 S.

Der Sektor Landwirtschaft ist wegen seines Gewichts ein bedeutender Faktor in der Entwicklung der israelischen Volkswirtschaft: 13 % der gesamten Arbeitskräfte sind in diesem Sektor beschäftigt; 9,5 % beträgt sein Anteil an der Entstehung des Volkseinkommens. Über Art und Umfang der landwirtschaftlichen Planung und Plandurchführung — vom anfänglichen einfachen „production planning“ bis zum heutigen „comprehensive rural planning“ — gibt die Studie von Weitz und Rokach einen detaillierten Überblick. Das Buch beginnt mit einem historischen Abriss hinsichtlich Durchführung und Erprobung unterschiedlicher ländlicher Entwicklungsprogramme und deren Organisationsformen (z. B. Kibbutz, Moshav). Es folgt die Darstellung einer langfristig orientierten Angebots- und Nachfrageprojektion sowie derer Determinanten (Kap. 2 und 3); in einem Exkurs (Kap. 4) wird aufgrund der besonderen Bevölkerungsproblematik Israels die Angebotsanalyse im Hinblick auf die Arbeitskräfteentwicklung besonders vertieft. In Kap. 5 erfolgt dann die Aufstellung eines makro-ökonomisch orientierten 10jährigen Allokationsplanes, der eine optimale Abstimmung von Angebot und Nachfrage unter Berücksichtigung des Außenhandels aufzeigt. Die für die dezentrale Plandurchführung notwendigen Organisationen auf Mikro- und Regionalebene (vor allem Lakhish-Experiment) werden in Kap. 6 und 7 vorgestellt. Den Abschluß der Arbeit bildet eine Skizzierung der Plandurchführungsprobleme aus der Sicht der obersten Planungsinstitutionen sowie der ihnen zur Verfügung stehenden makro-ökonomischen direkten und indirekten Steuerungsinstrumente.

Den Autoren ist es gelungen, Planaufstellung und Plandurchführung als einen sich gegenseitig beeinflussenden dynamischen Prozeß auf drei Ebenen (Makro-, Mikro- und Regionalebene) sichtbar zu machen. Beim derzeitigen Stand der Planungstheorie dürften derartige ausgefeilte und an empirischen Fakten ausgerichtete Fallstudien der erfolgversprechendste Weg zu einer Weiterentwicklung sein. Daneben kann das Buch eine nützliche Informationsquelle für solche Länder sein, die an einer Verbesserung ihrer landwirtschaftlichen Entwicklung interessiert sind.

Hans-Helmut Taake, Berlin

Helmut Hatz: *Rechtssprache und juristischer Begriff, vom richtigen Verstehen des Rechtssatzes.* Stuttgart 1963. W. Kohlhammer Verlag. 106 S.

In der Einleitung sagt der Verfasser, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht, die Rechtstheorie habe der Rechtspraxis, also der Anwendung des Rechts zu dienen und nichts in sich aufzunehmen, was ihr an allgemeinen Prinzipien ohne juristischen Wert von anderen Wissenschaften aufgedrängt werde. So zutreffend das an sich ist, erweist sich doch, was der Rechtspraxis dient, oft erst nach Übernahme allgemeiner Erkenntnisse und Prinzipien von den Nachbarwissenschaften. Wäre das nicht der Fall, würde die Rechtswissenschaft — wie jede andere Wissenschaft auch — in sich erstarren und verkümmern. Die Lebenswirklichkeit gibt der Rechtswissenschaft den Stoff, die Kraft zur Bewältigung dieses Stoffes und die eigentliche Gestalt kann ihr aber nur aus allgemeinen Prinzipien der Wissenschaft zuwachsen.

Ein Beispiel dafür ist das vorliegende Buch selber. Der Verfasser will zum „richtigen Verstehen des Rechtssatzes“ vordringen. Er beginnt mit dem „Verstehen und der Verstehenslehre“, behandelt dann das „Vorfeld der sprachlichen Problematik im juristischen Begriff“, schließlich die „Rechtssprache“. Im ersten Teil beschäftigt er sich mit Problemen der Auslegekunst und Deutung (Hermeneutik), indem er vom Verstehen über das Objekt und den Standpunkt der Verstehens zum Verfahren des Verstehens übergeht. Der zweite Teil ist im wesentlichen dem juristischen Begriff gewidmet. Verfasser knüpft an der Unterscheidung zwischen Verstehen und Begreifen an (Verstehen — in den Naturwissenschaften das Erklären — dient dem Begreifen und geht ihm und damit dem Begriff als dem Niederschlag des Begreifens voraus), wendet sich sodann der besonderen juristischen Begriffsproblematik und den Problemen der juristischen Begriffsinterpretation zu — hier scheint mir der Kern der Arbeit zu liegen (S. 55 bis 65) — und behandelt dann die Rolle der Sprache in bezug auf den Begriff. Der dritte Teil hat die Rechtssprache zum Gegenstand, die Grundlagen des juristischen Sprachproblems, den Umgang mit und die Einstellung zur Sprache; er schließt mit einigen Bemerkungen zum Sprachstil.

Der Verfasser hat es sich nicht leicht gemacht. Im Gegensatz zu mancher anderen Arbeit auf diesem Gebiet bleibt er nicht im Vordergrundigen stecken, sondern schöpft aus der Tiefe. Selbstverständlich kann er die angeschnittenen, sehr komplexen Fragen nicht auf 100 Seiten erschöpfend beantworten. Aber seine Ausführungen sind nirgends banal, was bei diesem Gegenstand schon viel bedeutet. Sie sind lehrreich und von einem offenen Verständnis für alles Grundsätzliche getragen. Dazu bleibt der Verfasser immer, auch im Schwierigen, flüssig und gut verständlich.

Im ganzen eine genußreiche Lektüre, die allen empfohlen werden kann, die sich mit Wesen und Stil der Rechtswissenschaft näher befassen wollen.

Joachim Hellmer, Kiel